Nr. 427

10. Juli 1997

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Love-Parade weltweit?

Einen wunderschönen guten Tag,
wenn Euch beim Betrachten des Titelbildes etwas im Hals stecken geblieben sein sollte, so liegt das durchaus im unserem Sinn. Angesichts der Absicht der LOVE-Parade MacherInnen, ihr Kommerz-Spektakel in den nächsten Jahren weltweit zu veranstalten, damit ihnen noch mehr Schotter zufließt, finden wir eine Erinnerung an die Realitäten im Trikont nicht zynisch, sondern gewollt provokant. Nichts gegen Spaß - den wollen wir auch haben, aber nicht auf Kosten Anderer - weder Menschen, Tiere noch Gärten. Dennoch war unter uns eine längere Diskussion nötig und es waren auch nicht alle damit völlig zufrieden.
Apropos Spaß haben: wir machen Euch jetzt schon auf das gesellschaftliche Ereignis des Jahres aufmerksam: am 26.7. findet der INTERIM-PRESSEBALL in den heiligen Hallen des SO 36 statt.
Sonst gab es diese Woche so viel Post, daß wir leider vieles auf die nächste Ausgabe in 14 Tagen verschieben mußten - wir waren dennoch bemüht, die "Inhalte" nicht der "Aktualität" zum Opfer fallen zu lassen. Eigentlich hätten wir gerne 48 oder mehr Seiten gemacht, anyway.
Die viele Schoko hat uns gut geschmeckt und besonders haben wir uns über die hervorragenden Titel-Entwürfe mit Kartoffeldruck vom Hoffest der Yorckstr. 59 gefreut. Aber leider haben wir noch keine Vier-Farb-Druckmöglichkeit.

INHALT:

In den Ordner ist gewandert:
- Schönbohm-Rede aus der Zeitschrift für Ausländerrecht 1/97
- Veranstaltung zur JN in Saarlouis
- Informationszentrum für Freie Völker zu Kurdistan
- Carwalking München
- Faschoveranstaltung vom 28./29.6. "Europa Vorn"
- Flugi und Aufrufe zur Hate-Parade
- Flugi über die "Fantifa" Münster
- Staatsschutz und Neonazis gegen Antifa Saarlouis
- Vorbericht zum Prozeß gegen Anti-AKW-GegnerInnen am 7.7.97
- Zum Umgang mit der Vergewaltigung während des Castor
- Erklärung zum Euro-Gipfel vom EA Amsterdam

mpressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Viel zu lesen

Nochmal zu den Durchsuchungen wegen der Interim

Am 12. Juni 1997 um Punkt 10 Uhr vormittags durchsuchten fast 1000 Bullen in den Berliner Bezirken Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln 9 Häuser bzw. Wohnungen und zwei Druckereien. Sie hatten Durchsuchungsbefehle gegen 13 Frauen und Männer im Alter von 29 bis 44 Jahren, aber keinen Haftbefehl. Begründet waren diese Beschlüsse alle gleichlautend mit der Suche nach Materialien, die zur redaktionellen Arbeit, der Herstellung oder der Verbreitung der Interim dienen aufgrund eines Paragraphen, der die "Billigung und Belohnung von Straftaten" unter Strafe stellt.

Die Durchsuchungsbefehle waren bereits am 14. Mai ausgefertigt worden. Sie bezogen sich speziell auf die Nummern 406, 409 und 411 ohne genaue Beschreibung der jeweiligen Textstelle.

In drei Häusern wurden die Eingangstüren ohne Vorwarnung aufgebrochen, in zwei anderen stürmten die Bullen mit vorgehaltener Knarre in verschiedene Wohnungen. Von den 13 Beschuldigten trafen sie 7 Personen an. Deren Wohn-, Neben- und Geschäftsräume wurden intensiv mehrere Stunden lang durchsucht. Die Bullen drehten jedes Blatt um und waren speziell auf der Suche nach Interims ab der Nummer 400. Zusätzlich suchten sie Druckvorlagen und anderes Layout- und Textmaterial, nahmen aber auch sämtliche Telefonnummern mit, die sie fanden. In einigen Fällen weiteten sie die Durchsuchungen auf zahlreiche NachbarInnen aus, wo sie meinten, daß die Beschuldigten vielleicht Zutritt hätten. So wurden von etwa 80 Menschen die Wohnungen oder Zimmer genau durchsucht. Noch einmal soviele wurden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt oder deren Personalien kontrolliert. Insgesamt wurden in den Wohnungen einige hundert Interims aus den jeweiligen Sammlungen beschlagnahmt. Sehr interessiert waren sie an Computern aller Art, die in den Häusern herumstanden. Sechzehn vollständige Computer und über 2000 Disketten wurden an diesem Tag mitgenommen, selbst die Tastaturen, Drucker und Monitore. Zusätzlich zahlreiche Papiere und Zeitschriften und unzählige Notizen über private Kontakte aller HausbewohnerInnen. Die Räumlichkeiten wurden überall genauestens auf Video gebannt und unzählige Male von allen Seiten fotografiert. Zum Teil zogen Vermessungstrupps durch die Wohnungen zur Vorbereitung der nächsten Aktionen. Viele schöne Graspflanzen wurden Opfer der zu frühen polizeilichen Ernte. Teilweise besichtigte die Bewag die Stromanlagen der Häuser auf der Suche nach zusätzlichen, versteckten Sicherungskästen.

Die Durchsuchung richtete sich zusätzlich gegen zwei Menschen wegen des Schönbohm-Plakates "Meister Proper". Diese beiden und die sieben angetroffenen Beschuldigten wurden dann festgenommen und zur neuen Kripo-Zentrale und Gefangenen-Sammelstelle am Tempelhofer Damm gebracht. Dort wurden sie nach einigen Stunden ED-behandelt. Zum Ende der Ermittlungen an diesem Tage wurden alle zwischen 17 und 19 Uhr entlassen. Beim Verhör, wo niemand etwas sagte, wurde die Beschuldigung mittels eines kopierten Formblattes ergänzt. Straftaten wären also in allen Nummern zwischen 400 und 415 und zusätzlich in der Nr. 420. Neben der Belohnung und Billigung noch die Aufforderung zu Straftaten, Verunglimpfung des Staates und diverse Beleidigungen wichtiger deutscher Persönlichkeiten.

Von der Durchsuchung waren auch zwei Druckereien betroffen. In der einen wurde nach Druckvorlagen von der Interim und einigen Plakaten gesucht. Beschlagnahmt wurden dort Platten von einem Plakat, das den Polizeieinsatz gegen die inzwischen

schon berühmte Landowsky-Parole zeigt, und diverse andere Papiere.

In der anderen Druckerei wurde niemand angetroffen, aber umfangreiches Material beschlagnahmt, wie es schon in der Interim Nr. 425, Seite 31, aufgelistet wurde. Hier hatte die Staatsanwaltschaft drei Tage vorher einen Beschlagnahmebeschluß gegen sämtliche Druckmaschinen erwirkt, da mit ihnen die Interim hergestellt werde. Diese Beschlagnahme wurde nicht ausgeführt, wäre aber rechtlich an diesem Tag kein Problem gewesen. Stattdessen wurde umfangreiches Material aus diesen Räumen herausgeschleppt, vor allem ein großer Teil der Auflage der aktuellen Nummer 424. Laut Durchsuchungsbericht 750 Exemplare in mehreren Säcken und noch zahlreiche ungeheftete Einzelblätter. Diese Beschlagnahme war nur möglich, weil die Bullen mit einem druckfrischen Exemplar schnell zum Amtsgericht gerannt sind. Der zuständige Richter hat dann festgestellt, daß eine Seite einen strafbaren Inhalt hätte. Und zwar handelt es sich um einen Aufruf zu einer Anti-AKW-Demo in Greifswald gegen die Grundsteinlegung für einen neuen Forschungsreaktor. Zusammen mit dem militanten Layout der Seite (vorwärtsstürmende DemonstrantInnen) und der Aussage "Auf zum Grundsteinklau" sei dies ein Aufruf zum schweren Landfriedensbruch, führt der Richter aus. Allerdings, so weiter, könnte der Beschlagnahme abgeholfen werden, wenn diese Seite aus der Interim entfernt würde. Über das Procedere der Entfernung schreibt er aber kein Wort. Die Bullen haben jedenfalls unseres Wissens nach diese Seite bisher noch nicht rausgerissen und das Heft dann an die Verkaufsstellen ausgeliefert. Mit dieser rechtlichen Konstruktion kann nach Einschätzung von AnwältInnen übrigens fast jeder Demoaufruf beschlagnahmt werden, auch wenn der Vorwurf sich später vor Gericht in Luft auflösen würde.

Nach einem Bericht in der taz wurde von der Nr. 424 ein kleiner Teil der Originalauflage auf dem Postweg verschickt. Sie war auch problemlos in einigen Läden zu erhalten. Am nächsten Tag erschien eine etwa halb so lange Notausgabe mit den wichtigsten Inhalten dieser Nummer. Der Verkauf der aktuellen oder der älteren Hefte wurde nirgendwo behindert. Ebenso hatten die Postadresse und die presserechtlich Verantwortliche keinen unangenehmen Besuch bekommen.

Gegen die 6 Menschen, die bei den Durchsuchungen nicht angetroffen wurden, liegt kein Haftbefehl vor. Sie wurden seitdem nicht durch polizeiliche Maßnahmen belästigt.

Von einigen Beschuldigten wurde der Beschlagnahme aller Gegenstände anwaltlich widersprochen, auch der aus beiden Druckereien. Am letzten Tag der darauffolgenden 14tägigen Frist erwirkten die Bullen einen richterlichen Beschluß, daß die vollständige Beschlagnahme rechtens wäre. Nach drei Wochen wurden lediglich die ersten zwei der sechzehn Computer zurückgegeben, allerdings erst, nachdem vollständige Kopien aller Daten gezogen wurden. Akteneinsicht gibt es bisher noch nicht, obwohl der Richter dies den AnwältInnen schon zugesagt hat.

Redebeitrag zum CSD '97

Seit geraumer Zeit breitet sich in der bürgerlichen Berliner Lesben- und Schwulenszene eine besondere Art von Arroganz aus. Immer wieder höre ich Äußerungen wie, wir sind doch längst anerkannt in dieser Gesellschaft oder wir brauchen doch bloß eine rechtliche Gleichstellung. Dann ist doch alles erreicht. Gleichzeitig bilden sich Verbände und Interessengruppen, die gesellschaftlich um Anerkennung buhlen ohne sich noch weiter mit der Vergangenheit oder ihrer gesellschaftlichen Funktion auseinanderzusetzen. Ein drastisches Beispiel hierfür sind sicherlich die schwulen Soldaten. Während es noch vor Jahren Organisationen und Vernetzung hieß, werden heute Institutionen gebildet wie die schwulen Manager, um sich auf der Jagd auf das große Geld zu beteiligen. Wir haben gerade das schwule Stadtfest erlebt. Ohne Differenzierung standen Initiativen neben Sponsoren von Energy-Drinks und Freßbuden.

Sicher werden die Initiatoren dieser Aktivitäten wieder überheblich lächelnd von verbissenen Politpuritanern schwafeln. Sie haben den Kern des Problems längst verdrängt. Wir als Lesben und Schwule in einem der stärksten westlichen Industrieländer haben in erster Linie die Aufgabe, unsere Homosexualität als Chance zu nutzen, diese Gesellschaft im Auge zu behalten, auf Distanz zu gehen zu ihren Institutionen und Solidarität mit anderen Minderheiten einzufordern. Wir haben ebenso die Aufgabe, uns für Schwule und Lesben in anderen Ländern einzusetzen. Das ist die einzige Möglichkeit, die eigene Integrität zu wahren.

Wer sich auch nur oberflächlich mit dem Faschismus auseinandergesetzt hat, kann deutlich erkennen, daß den Opfern die Anpassung an das System wenig genutzt hat.

Wer sich auch nur oberflächlich mit dem Faschismus auseinandergesetzt hat, kann deutlich erkennen, daß den Opfern ihre Anpassung an das System nichts genutzt hat. Im Gegenteil. Durch die Offenheit einiger schwuler Vereine hatten die Faschisten ohne Mühe Zugriff auf die Vereinsstruktur und haben die Mitglieder verhaften können. Doch ich muß sicher nicht erst mit den Extremen argumentieren. Schon jetzt wird deutlich, daß der Haß in dieser Gesellschaft in gleichem Maße steigt, wie die wirtschaftliche Kraft und damit die persönliche Sicherheit nachläßt.

Warum leben wir in Städten? Wir sind geflüchtet aus bigotten Verhältnissen, religösen Zwängen, Psychoterror durch Eltern und Verwandte, Diskriminierung am Arbeitsplatz, Spießrutenlauf unter Freunden und Versteckspielen.

Wer nicht begreift, daß die vordergründige Liberalität ein Luxus ist, den sich diese Gesellschaft lediglich leistet, wenn sie nicht in Schwierigkeiten ist, hat sich nie mit der Vergangenheit auseinandergesetzt

Zugegeben, in den letzten Jahren waren Schwule und Lesben Dauergäste in Talkshows und Erotikmagazinen. Aber hat das zu gesellschaftlicher Akzeptanz geführt? Wenn wir ehrlich sind, wurden wir doch meistens für den exotischen Kick benutzt und ich fühle mich an die Jahrmarktshows der vorigen Jahrhunderte erinnert, in denen Behinderte und Sonderlinge zur Ergötzung und Erschauerung des Publikums ausgestellt wurden. Die Realität jenseits der Großstädte Berlin, Hamburg, München und jetzt auch Köln sieht anders aus. Warum leben wir in diesen Städten? Wir sind geflüchtet aus bigotten Verhältnissen, religiösen Zwängen, Psychoterror durch Eltern und Verwandte, Diskriminierung am Arbeitsplatz, Spießrutenlauf unter "Freunden" und Versteckspielen. Und das Leben auf dem Land verändert sich weit träger als in der Stadt, so daß sich nicht viel an diesen Zwängen geändert hat. Es ist nicht fair, das dauerhaft zu verdrängen, nur weil wir im Treibhaus der Großstadt in größeren Zusammenhängen leben. Wenn heute eine große Umfrage unter Eltern durchgeführt würde, würden sicher eine deutliche Mehrheit es für ein Unglück halten, ein homosexuelles Kind zu haben. Das ist Realität.

Wir aber erleben hier in Berlin politische Verbrüderung des Mann-O-Meter mit dem Innensaubermann Schönbohm. Wenn wir nicht bald aus politischer Lethargie, Metropolenblasiertheit und gewinnsüchtiger Kriecherei gegenüber der konservativen Regierung aussteigen, die sich in einem großen Teil der schwul-lesbischen Gemeinde ausbreitet, werden wir an Glaubwürdigkeit und politischer Flexibilität verlieren. Schwule und Lesben gehören auf die Seite politisch fortschrittlicher Kräfte, um ihre gleichberechtigte Existenz in der Gesellschaft zu rechtfertigen und zu sichern.

Dieser Redebeitrag stammt von einer Lesbe und wurde von ihr auf dem Berliner CSD am 28.06.97 zu dem Zeitpunkt gehalten, bevor die Bullen das zweite Mal vom Rattenwagen und dem SO36-Wagen weggedrängt wurden.

Redebeitrag der Queerulanten auf der Abschlußkundgebung des Herz-mit-Hirn-Blocks auf dem Berliner CSD 1997:

Die Schwulen haben den CSD, den sie verdienen

Jedes Jahr das gleiche Ritual.
Die selbsternannten Vertreter der Schwulenbewegung, in Berlin rufen die Parade zum CSD aus, die Lesben werden wie üblich ohne gefragt worden zu sein mitvereinnahmt.
Dagegen reklamiert eine Handvoll von Gruppen und Initativen, auch mehr schwule als lesbische, den CSD als politischen Kampf- und Erinnerungstag und fordern mehr Inhalte für diesen einen Tag im Juni. Wahlweise emanzipatorische, revolutionäre, oder einfach nur unkommerzielle Inhalte.
Der erbitterte Streit um die Richtigkeit der eigenen Position, von der ersteren Fraktion mit Hinweis auf die überwältigende Zahl der TeilnehmerInnen an ihrer Parade verteidigt, von der letzteren mit Hinweis auf die kämpferischen und emanzipatorischen Wurzeln wahlweise des NewYorker Stone-wall-Riots oder der linken Bewegungsanfänge in den frühen 70ern in Westdeutschland und West-berlin begründet, führte 1993 und 1994 zu getrennten CSD-Demos.

Die erzielte Sichtbarkeit einer Spaltung der Schwulen- (und begrenzt auch der Lesben-)szene war der wahrscheinlich produktivste Effekt der zwei eigenständigen Demos.
In der Praxis wurde bei diesen das in den darauffolgenden Jahren zunehmende Dilemma jedoch schon deutlich: Mitnichten waren die beiden Demos kämpferische, entschlossene, parolenrufende Großveranstaltungen, auf denen sich die linke Politfraktion der Lesben und Schwulen dieser Stadt in ihrer tausendfachen Stärke gezeigt hätte, sondern die DemonstrantInnen waren überwiegend genauso party-feiernde Schwule und Lesben wie die auf der Konkurrenzparade am Kudamm, im Unterschied zu diesen vielleicht mit dem diffusen Gefühl, zur richtigen Seite zu gehören oder gehören zu wollen.
Weder in diesen noch in den folgenden Jahren entspann sich nach dem CSD eine neue Diskussion über Sinn und Inhalte lesbischer und schwuler Politik. Noch wuchsen aus den Auseinandersetzungen und Streitereien neue Gruppen und Initativen, die den 'altbekannten und immer neu notwendigen Widerspruch zwischen der Anpassungs- und Integrationspolitik der Homoverbände (Wir wollen ein Stück vom Kuchen abhaben!) und einer emanzipatorischen Politik, vielleicht sogar mit revolutionärer Perspektive (Wir wollen eine andere Bäckerei für alle!) mit neuen Ideen und frischem Elan füllten.
Vielmehr ging es dem Vorbereitungskreis des linken oder unkommerziellen CSD-Bündnisses in gewisser Weise wie den alten Gegnern - mit immer weniger Aktiven mußte eine Bewegung simuliert werden, die nur noch als Medien-Ereignis einmal im Jahr an den Fernsehkameras, Zeitungsjournalisten und dem gaffenden Hetero-publikum vorüberzieht und die sich aus der Bewegung längst verabschiedet hat - sei es in die gutbezahlten Jobs der neuen Dienstleistungsgesellschaft oder in die immer schlechter gesicherte Arbeitslosigkeit und in beiden Fällen in eine kaum mehr zu trennende Partyszene.

Für uns, die Queerulanten, war eine Konsequenz aus dieser Situation die Verlagerung unseres Arbeitsschwerpunktes in diesem Jahr weg vom CSD hin zu der Verleihung des Braunen Stöckels auf dem lesbisch-schwulen Straßenfest. Wir haben versucht, den alten Konflikt wieder an den Ort zu tragen, wo ihn die Schwulen und Lesben noch wahrnehmen - nicht auf der sektseligen Parade oder Demo, sondern auf dem Fest, wo alle sich zusammen präsentieren und feiern wollen - und wo wir klar und deutlich sagen, mit wem wir nicht feiern und wer nicht zu uns gehört - die Schwulen Soldaten nicht, nicht die Schwulen Bullen, die Schwulen Manager und auch nicht Mann-o-Meter und der SVD, die sich noch dem repressivsten Innensenator anbiedern, wenn es nur ein schwulen-freundliches Wort aus dessen Munde verspricht.

Die Frage bleibt, was macht der Haufen, der doch Jahr für Jahr im Internationalistischen-, oder SchmarotzerInnen- oder Herz-mit-Hern-Block der CSD-Parade entgegen, vorweg oder hinterher läuft, was machen wir, was macht ihr, außer die richtige Gesinnung einmal im Jahr auf die Straße und ansonsten euer Geld ins SO 36 statt ins Connection zu tragen? Habt ihr euch auch schon so kuschelig eingerichtet im Getto, wie ihr es den angepaßten Spießbürger-Homos gerne und regelmäßig vorwerft? Kann ja sein, daß ihr alle vor lauter antirassistischer, antifaschistischer, anarchistisch-revolutionärer Arbeit nicht dazu kommt, auch noch den Schwulenfunktionären das Leben schwer zu machen. Oder der neoliberale Alltag zwingt euch in die zeitraubenden Zweit- und Drittjobs zur Existenzsicherung.
Es gibt viele gute Gründe für den Rückzug aus der (schwulen/lesben) politischen Praxis - und noch mehr schlechte. Auch wenn keiner von uns mehr den sicheren Weg zur besseren Welt und zur Revolution kennt - ich möchte mich wenigens noch mit euch darüber streiten, wo er langgeht und wie wir da hinkommen. Und mit wem wir ihn suchen sollen, auch. Dazu reicht ein halber Tag CSD-Demo im Jahr sicher nicht aus - also immer wieder:
Raus aus den Löchern, Rein in die Straßen - den Ratten gehört das sinkende Schiff!



HORST hat sich in Schale geworfen.

falsch!! ~~Steine~~ und

Schlamm geworfen

Krawalle zum Abschluß der Demonstration in der City

"Tagesspiegel"

BERLIN (Ha). Krawalle trübten gestern abend den bis dahin friedlichen Verlauf des Christopher-Street-Days. Nachdem von einem Wagen des Demonstrationszuges aus am Nachmittag Steine und Schlamm auf Passanten und Autos geworfen wurde, versuchte eine Einsatzhundertschaft der Polizei an der Ecke Wilhelmstraße Unter den Linden, diesen nach Polizeiangaben von der PDS gestellten LKW zu stoppen. Bei der Rangelei mit Polizeibeamten wurden mindestens zwei Teilnehmer des Zuges verletzt. Trotz massiven Einsatzes der Ordungskräfte konnte der Lastwagen, der von zum Teil angetrunkenen Autonomen begleitet wurde, dann durch eine Absperrung der Beamten brechen und mit hohem Tempo über die Linden zum Endpunkt der Demonstration am Bebelplatz gelangen. Hier erst konnten starke Polizeikräfte das Fahrzeug umstellen.

Wie es hieß, hatten die Veranstalter des CSD schon in Höhe der Siegessäule den Wagen wegen der Gewalttaten aus dem Demonstration „ausgeschlossen". Gegen 19 Uhr 30 forderten die Autonomen zum „Bilden von Ketten" auf und verließen mit drei Fahrzeugen den Bebelplatz, begleitet von mehreren hunderten Punks. Auch vor dem Palast der Republik gelang es den mittlerweile zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei nicht, die Fahrzeuge zu stoppen. Nach Aussagen von Demonstranten hieß es am späten Abend, daß man versuchen wolle, nach Kreuzberg zu gelangen.

Gen- und Biotechnologie in Deutschland

Widerstand gegen die 'Gene der Hoffnung'

Mit diesem Artikel wollen wir euch eine kurze Einführung in die Problematik der Gen- und Biotechnologie geben. In den nächsten Monaten werden wir euch in einer Reihe von Artikeln die gefährlichen Dimensionen des Angriffs und Eingriffs in die Natur und die Humanmedizin durch große Teile der Wissenschaft und Konzerne detaillierter darstellen. Dabei werden wir ein besonderes Augenmerk auf die daraus entstehenden ethischen und philosophischen Fragen werfen, u.a. mit welchen Heilsversprechungen die Biologie und Medizin versucht, die Zustimmung der Bevölkerung für ihre Projekte zu ergattern und welches Menschenbild in den Köpfen der Politiker und Bevölkerungsplaner rumgeistert.

1. Auf den europäischen Lebensmittelmarkt rollt eine Welle gentechnisch manipulierter Lebensmittel zu. Der Vermittlungsausschuß des europäischen Parlaments und des Ministerrats der EU hat im Januar '97 die 'Novel food'-Verordnung verabschiedet, die sehr weitgehend en Interessen der Gen-Industrie entgegenkommt. Danach müssen nur die Lebensmittel in den Supermärkten extra gekennzeichnet werden, die unmittelbar gentechnisch verändert worden sind. Dazu ein Beispiel: die vom US-Konzern Monsanto gentechnsich manipulierte Sojabohne muß nur dann gekennzeichnet werden, wenn die Sojabohne als Sojabohne verpackt im Supermarkt liegt. Wenn das Gen-Sojaöl jedoch z.B. zu Magarine verarbeitet worden ist, entfällt die Kennzeichnungspflicht! Die Abgeordnete im Europaparlament der Grünen, Hiltrud Breyer hat in einer ersten Kritik daraufhingewiesen, das damit 90% aller genmanipulierten Lebensmittel nicht gekennzeichnet werden müssen. Greenpeace bezeichnete diese Novelfood-Verordnung denn auch als "Mogelpackung" zur Beruhigung der europäischen VerbraucherInnen.

Doch dagegen formiert sich Widerstand. Bisher besonders in Deutschland, aber auch in Österreich und der Schweiz. In Österreich wurde vor ein paar Wochen ein Volksbegehren gegen die Gentechnologie erfolgreich abgeschlossen, nun muß das Parlament über ein endgültiges Verbot der Genforschung und -technologie entscheiden. Als Jacobs-Suchard in diesem Frühjahr in der Schweiz seine Hausmarke 'Toblerone' trotz Verbots mit dem Gensoja Lecithin mischte, ging der Umsatz in der Schweiz und in Süddeutschland von Schokolade (u.a. die mit der Milka-Kuh vorne drauf) drastisch zurück. Anfang Juni '97 genehmigte die EU-Kommission die Vermarktung von genmanipuliertem Rapsöl. Der verantwortliche Gen-Konzern 'Plant Genetic Systems' (eine Tochterfirma von Hoechst und Schering) hat "freiwillig" die Kennzeichnung des Genraps für die BäuerInnen zugesichert.

In Deutschland ist der Widerstand gegen die Gen- und Biotechnologie schon mehr als 10 Jahre alt. Zunächst waren es vor allem militante Frauengruppen, die den Widerstand formierten. 1987 wurden mehrere Frauen verhaftet und einige Mitglieder der 'Roten Zellen' und der 'Roten Zora' mußten ins Exil gehen. Die Anti-Genarbeit wurde mit einer starken staatlichen Repression überzogen, es war ein "anschlags-relevantes Thema" in den Augen der Bundesan-waltschaft. Durch diese Kriminalisierung wurde der Widerstand für einige Jahre geschwächt. Doch in den 90er Jahren haben sowohl verschie-dene Bürgerinitiativen, wie Behindertengruppen, Frauengruppen, Ökobauern und GenossInnen aus dem anarchistischen Spektrum die theoretische und praktische Kritik wieder verstärkt. Die Autonomen haben dazu bisher wenig zu sagen, waren allerdings an der Zerstörung einiger Freilandversuche im letzten Jahr beteiligt.

Derzeit werden weltweit über 1500 Freiland-versuche zur Erprobung gentechnisch manipulierten Getreides, Reis, Tabak, Baumwolle etc. durchgeführt. Diese Erprobung ist für die Konzerne vorgeschrieben, bevor sie eine Zulassung zur Vermarktung des genmani-pulierten Getreides etc. von den Behörden erhalten. In Deutschland laufen in diesem Jahr wieder mehr als 60 Freilandversuche. Gegen diese Freilandversuche richtet sich der praktische Widerstand. 1996 wurden allein 14 Felder zerstört, pro Feld entstand dabei ein Sachschaden von 150000 DM. In diesem Frühjahr sind schon wieder 7-9 Freilandversuche laut Zeitungs-meldungen zerstört worden. Dabei wurden ganz einfach die genmanipulierten Pflanzen zertreten oder abgehackt. Andere Felder wie in Schönfeld bei Berlin wurden vorübergehend besetzt und die Aussat konnte nur unter Polizeischutz durchgeführt werden, ein paar Wochen später wurden dann die Gen-Pflanzen dem Erdboden

gleichgemacht. Bisher ist keine/r von der Polizei dabei verhaftet worden. Der Geschäftsführer des "Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter" Joachim Winter beklagte laut dem "Spiegel" (46/96), "daß der Widerstand gegen die Gentechnik nirgends so stark sei wie in Deutschland. Die Bundesrepublik, lamentiert Winter, sei eine Insel der Zerstörungswut". "Autonome Genome" entwurzelten im Mai 1996 genmanipulierten Raps, AnarchistInnen rufen zu Feldbesetzungen auf. In der Nähe von Frankfurt haben im letzten Jahr Mitglieder von Bürger-initiativen, BäuerInnen und Linke zusammen solange ein mehreres Hektar großes Feld besetzt, bis die Firma 'AgrEVo' den Feldversuch abbrach. In Österreich sind Anfang Juni '97 alle Freilandversuche für 5 Jahre von der Regierung wegen der geringen Akzeptanz in der Bevölkerung verboten worden.

2. In der Pflanzenbiologie erproben die Agrar- und Chemiekonzerne derzeit die Genmanipulation an weltweit angebauten Grundnahrungsmitteln wie: Reis, Mais, Soja, Tomate, Kartoffeln, aber auch Baumwolle, Tabak, Radicchio, Zuckerrüben und Raps. Das Ziel der Konzerne ist, mithilfe der Genmanipulation die Pflanze gegen ein bestimmtes Pestizid bzw. Herbizid resistent zu machen. Dieses Pestizid ist z.B. "Basta" oder "Round-up" und wird von den Chemiekonzernen Hoechst, Bayer, Monsanto, Calgene, Novartis u.a. produziert. Die Konzerne wollen sich damit sowohl den Markt für genmanipuliertes Saatgut wie den für Pflanzenschutzgifte weltweit sichern.
Die Folge in der Landwirtschaft und für die BäuerInnen sind verheerend. Wenn sie für den Markt produzieren wollen, müssen sie in Zukunft das Gensaatgut jedes Jahr neu kaufen und dazu das entsprechende Pflanzengift. Entgegen der Propaganda der Chemieindustrie sinkt bisher allerdings nicht der Gifteinsatz. Der erste große Praxistest von genmanipulierter Baumwolle der Firma Monsanto in den USA scheiterte kläglich. Die Insektenlarven ignorierten das gentechnische Gift der Baumwolle und die Farmer mußten auf meheren tausend Hektar Boden wesentlich mehr Pestizide spritzen als sonst üblich. Die Gefahr besteht aber auch in der Gen-Übertagung auf benachbarte oder artverwandete Pflanzen. Die Folgen für die Landwirtschaft sind eine noch stärkere Verseuchung des Bodens und ein drastischer Rückgang der Artenvielfalt, der Biodiversität.

3. Im Trikont wird durch die Globalisierung und die Einführung und Monopolisierung des Saatsgutes durch die Gen-Industrie die Subsistenzwirtschaft noch weiter zurückgedrängt. Ebenso gravierend ist der Ausverkauf der Genressourcen an die Gen- und Saatgutkonzerne. Costa-Rica hat schon vor ein paar Jahren sämtliche Genressourcen des Urwalds an ein US-Konzern für ein paar Million $ verkauft. Dieser besitzt dafür jetzt die Eigentumsrechte. Weltweit wird an verschiedenen Orten (so z.B. im Amazonas-Urwald) derzeit die Genkatalogisierung der Pflanzenbiologie durchgeführt, die in Rom, am Sitz der FAO im "Board for Plant Ressource" gesammelt wird. Dies soll angeblich die Pflanzenvielfalt retten. Tatsächlich aber ist absehbar, daß die Gen-Industrie mittels weltweiter Patentierung aller natürlichen Pflanzen und Tiere ihr "Eigentums-recht" und damit monopolistische Verfügungs-recht in ein paar Jahren durchsetzen wird - wenn sich nicht noch mehr Widerstand regt. Zum Beispiel hat "United Brands" (früher hieß der Konzern "United Fruit" und war u.a. für den Putsch 1954 in Guatemala verantwortlich) schon 3/4 aller Bananensamen in seinem Privat-Genarchiv monopolisiert!

4. Die beabsichtigte Patentierung der weltweiten Pflanzenarten durch die Gen-Industrie würde den Bauern im Trikont (dies sind überwiegend Frauen) jegliches Verfügungsrecht über das einheimische Saatgut und die Pflanzenvielfalt entziehen. Der biologische Reichtum der Erde wäre in den Händen einiger weniger Chemie- und Saatgutmultis monopolisiert. Damit wäre eine Durchkapitalisierung oder Inwertsetzung der biologischen Vielfalt erreicht und die Abhängigkeit der Völker des Trikonts in der Frage der Ernährung total. Gegen diese neue Macht der Saatgutkonzerne regt sich vor allem unter den BäuerInnen in Indien massiver Widerstand. Bereits 1993 demonstrierten in der südindischen Stadt Karnatka über 500.000 BäuerInnen gegen die Patentierung genetisch manipulierter Pflanzen.
Die Patentierungsbestrebungen laufen aber auch schon für genmanipulierte Säugetiere, wie der sogenannten 'Krebsmaus'. Diese wurde an der Harvard University mit finanzieller Unterstützung des Chemiemultis 'Du Pont' entwickelt und 1988 in den USA patentiert. Es folgte eine langjährige Auseinandersetzung vor dem europäischen Patentamt in München, die ihren Höhepunkt 1995/96 erreichte. Verschiedene Tierschutzorganisationen und 'Greenpeace' demonstrierten vor dem Patentamt und eine öffentliche An-

höhrung mußte aufgrund massiver Prosteste abgebrochen werden. Hauptstreitpunkt ist die eigentumsrechtlich geschützte "Erfindung" der Genmanipulationsmethode des Säugetieres, inclusive seiner Nachkommen - der Maus waren Krebsgene implantiert worden, um an der Entwicklung von Antikrebsgenen zu forschen.
In aller Stille hatte schon vorher ein Kölner Professor ein umfaßendes Urheberrecht für eine bestimmte Methode der Genmanipulation für alle "transgene nichtmenschliche Säugetiere" (und ihre Nachkommen!) erhalten. Dem Kölner Professor war es gelungen, bestimmte Gene bei einem Säugetier auszutauschen, mit dem Ziel der Produktion von menschlichen Antikörpern. Mit der Klonierung von höheren Säugetieren, wie dem Genschaf Dolly aus Schottland ist eine neue Stufe der Manipulation der Säugetiere erreicht worden, die besonders in Australien in der dortigen Tierzüchtung schon weit fortgeschritten ist. Die Patentanträge der Genfirmen sind nicht mehr zählbar.
Mittlerweile katalogisieren international operierende Genfirmen und Forschergruppen die Genstruktur des Blutes indianische UreinwohnerInnen in Mittel- und Lateinamerika und in Südostasien, mit dem Ziel diese menschlichen Gene zu privatisieren. Der Berliner Scheringkonzern hat beim europäischen Patentamt mehere Anträge auf die Patentierung menschlicher Gene gestellt, die Krebs hervorrufen sollen. Christof Then, Leiter der (eher konservativen) Initiative "Kein Patent auf Leben" kritisierte die Entscheidung des Deutschen Patentamts in bezug auf die Patentierung der Genmaus: "Die Einbeziehung aller Säugetiere in ein Patent erinnert an die Zeit, als mit einem Federstrich auf einer Landkarte ganze Völker und Kontinente zwischen Potentaten (Herrschern) der Kolonialzeit aufgeteilt wurden". Genau darum gehts: Die Kolonialisierung der Pflanzen- und Tierwelt und letztendlich auch der Menschen durch das internationale Kapital.

5. Bisher ist die Gen-Industrie hauptsächlich auf dem Pharmasektor wirtschaftlich erfolgreich. Mit genmanipulierten Insulin-Präparaten verdient der Chemiekonzern 'Hoechst' Millionen. In den USA brachten Gentechnik-Pharmaprodukte 1995 einen Umsatz von 12-13 Milliarden $, das sind aber nur 5% des gesamten Pharmaumsatzes! In der Regel ersetzen diese Genprodukte bisher konventionell erzeugte Pharmapräparate.
In Deutschland ist die Forschung in den 90er Jahren massiv staatlich gefördert worden, allein 1996 mit 1 Milliarde DM. Der Erfolg bleibt aber bisher weitesgehend aus, auch in den USA machen nur 1% der Gentechnologiefirmen derzeit Gewinne.
Vor überzogenen Erwartungen warnen auch die Mediziner. Auf dem nationalen Krebskongreß 1995 in Berlin wurde ausführlich die Gentherapie zur Bekämpfung des Krebs diskutiert. Alle bisher-igen klinischen Versuche seien enttäuschend verlaufen. In den USA laufen die meisten Men-schenversuche an Krebspatienten, die auch noch keinen durchschlagenden Erfolg erbracht haben.

6. Besonders umstritten sind die Eingriffe und Versuche an Menschen. Seit Jahren wird im Europaparlament um eine europäische "Bioethik-Konvention" gestritten. Dank einflußreicher Lobby-Politik der Gen-Industrie ist ein Entwurf vor ein paar Monaten endgültig verabschiedet worden, der den Interessen der Genmedizin weit entgegenkommt.
Propagandistisch hat sich auf internationaler Ebene besonders die UNESCO für die Genforschung an Menschen eingesetzt. Ein Sprecher der UNESCO, Jean Daußet, schrieb in einer UNESCO-Schrift 1994: "Wir müssen die heute stattfindende Revolution mit Gelassenheit betrachten. Es ist eine Revolution, die in den Dienst der Menschheit zu stellen ist und das von allen erhoffte lange glückliche Leben ohne Beeinträchtigung durch Krankheit bescheren soll. Ich lade Sie ein, diesen Traum mit mir zu teilen. Den Traum von den Genen der Hoffnung." Sein Kollege D. Cohen schreibt in dem Buch "Die Gene der Hoffnung": "Es wird eine Art Eugenik sein, gewiß, aber eine Eugenik, die bewahren will, nicht eleminieren, eine humanitäre nicht eine totalitäre Eugenik."
Hier wird das Programm und eigentliche Ziel der Genforschung in aller Klarheit formuliert.
Im wesentlichen geht es in der Bioethik-Konvention um 4 Eingriffsbereiche, die bisher gesetzlich nicht geregelt sind:

- Soll die In-Vitro-Forschung an Embryonen erlaubt werden
- Soll Forschung auch zu nicht-therapeutischen Zwecken an nichteinwilligungsfähigen Menschen (z.B. Hirntoten) erlaubt werden
- Soll die Keimbahntherapie aus diagnostischen, therapeutischen und präventiven Gründen zum Aufspüren und Verhindern von Erbkrankheiten erlaubt werden
- Ist zukünftig die Weitergabe von Ergebnissen von Gentests möglich, der Datenschutz weitesgehend ausgehöhlt.

Mit der Bioethik-Konvention wird der humangenetischen Kontrolle der europäischen Bevölkerung Tür und Tor geöffnet. Die UNESCO diskutiert schon eine "kollektive Prävention" aufgrund von Genomanalysen. Vorbild ist die humangentische Kontrolle der Bevölkerung Zyperns, wo Ehepaare ein "Vorehelichkeitszertifikat" vorlegen müssen, um die Geburt schwerbehinderter Kinder zu verhindern.
Es dürfte einleuchtend sein, weshalb gerade in Deutschland angesichts dieser Horrorvisionen viele Behindertengruppen, Alternativ-MedizinerInnen, Frauengruppen und Linke starken Widerstand ankündigen. Die 'Gene der Hoffnung' führen direkt in Huxly's "Brave New World": Im Namen des Fortschritts wird ein von Wissenschaftlern modulierbarer Menschentyp kreiert, der leistungsorientiert, angepaßt, steuerbar und 'nützlich' für die Gesellschaft ist. Mit den geplanten Genomanalysen wächst die Gefahr, daß allmächtige Experten und Technokraten eines Tages über "wertes" und "unwertes" Leben entscheiden. Das erinnert sehr stark an die nazistische Vergangenheit, als im Zuge der Euthanasie aufgrund der rassistischen Eugenik mehere zehntausend Menschen umgebracht wurden.
Das autonome Verfügungsrecht über den eigenen Körper und das eigene Kind soll an vom Staat eingesetzte Experten abgetreten weden. So wurde in England 1996 über ein Gesetz gestritten, daß die Organ-Entnahme bei Behinderten, auch ohne deren Zustimmung, erlauben soll. Aufgrund massiver Proteste wurde es erst einmal zurückgezogen. Aus diesem Gesetz schimmert eindeutig die eliminatorische Eugenik durch, behinderte Menschen sind im Sinne des britischen Gesetzentwurfes "unwertes" Leben, bedürfen also keines besonderen Schutzes.

7. In der Humanmedizin und in der Biologie feiert die Genetik immer neue, zweifelhafte Erfolge. Auf der Jagd nach den Ursachen so völlig verschiedener Krankheiten wie Krebs, Herzgefäßverengung oder Alkoholismus werden die Gene als Hauptverantwortliche für die Krankheiten entdeckt. Jede Woche melden die Zeitungen ein neues Gen, das für den Krebs xy oder die Depression xy oder gar für Homosexualität verantwortlich sein soll. Soziale bzw. gesellschaftliche Entwicklungen, Umweltverschmutzung, Armut etc. oder psychosomatische Ursachen treten als Krankheitsursache in den Hintergrund. In der Biologie werden diese neuen Erkenntnisse der Medizin ideologisch untermauert durch die Wiederentdeckung sozialdarwinistischen Denkens, nach dem die Gene als Erbinforma-tionsträger das Schicksal der Individuen bestimmen und sich die beste, überlebensfähigste Genstruktur durchsetzt. Gepaart mit rassistischen, eugenischen Denkmustern müssen demzufolge kranke, nicht verwertbare Genstrukturen ausgetauscht werden bzw haben kein Recht auf Leben. Das Ziel der Medizin ist dabei, das Leben der 'Tüchtigsten' zu verlängern, den Tod zu besiegen. Eine Vision, die uns Normalsterb-liche erschaudern läßt, kommt es doch den wahnwitzigen Bestrebungen vieler Wissenschaftler und Politiker entgegen, mithilfe von Genbanken, Organtransplantationen etc. den perfekten, von allen Krankheiten befreiten Menschen zu züchten.

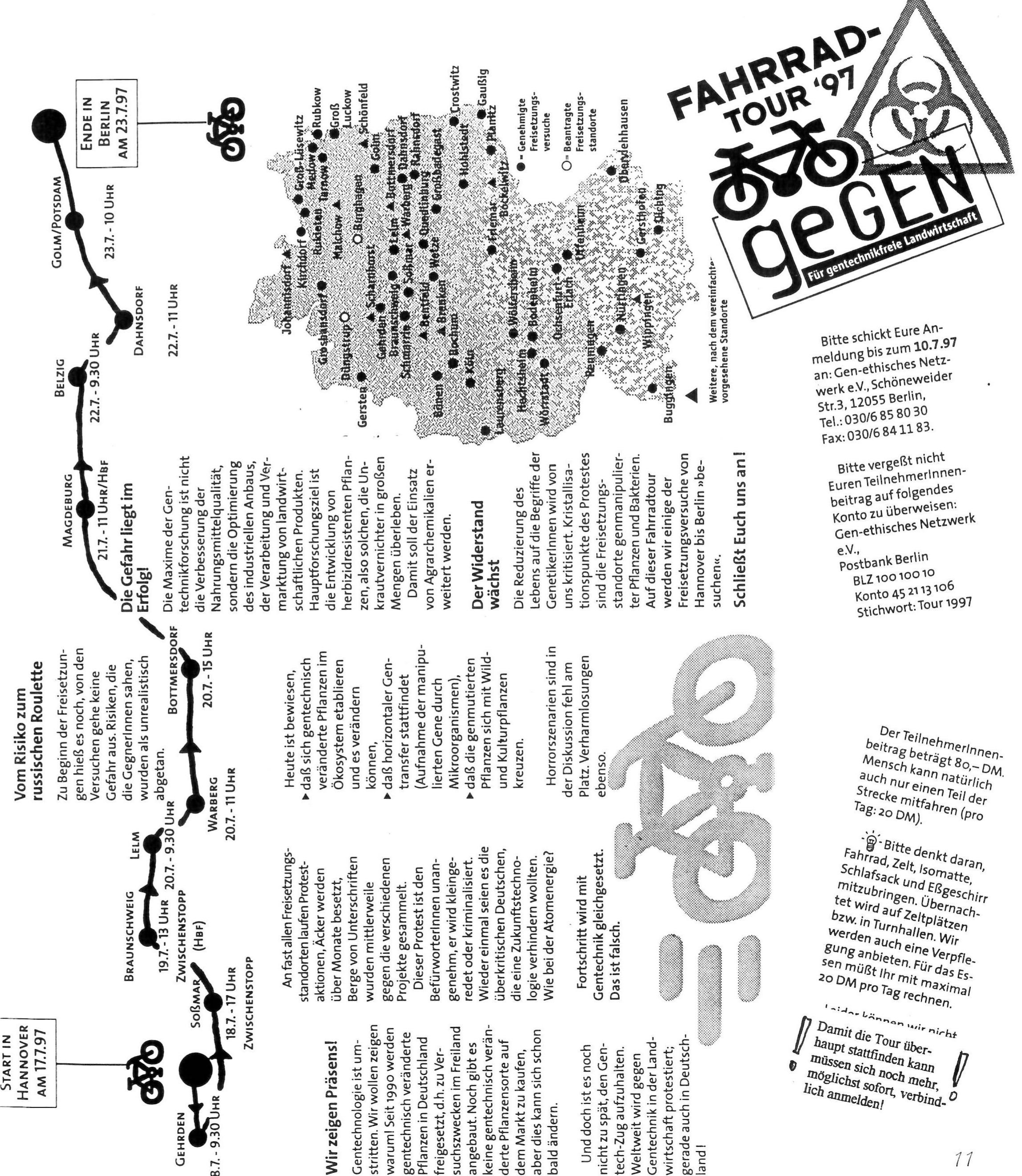
8. Mit dem weltweiten Wettlauf um die Totalsequenzierung des menschlichen Gens durch das Projekt HUGO (Human Genom-analyse) öffnet sich für die Genetiker und Schulmediziner das "Gral der Medizin". Prinzipiell ist schon jetzt auch der Mensch klonierbar. Mit dem Projekt HUGO versprechen sich die Humanmediziner und Eugeniker die Schaffung des idealen, standadisierten Normalmenschen. Experten entscheiden dann, wer und was gesund oder krank ist. Der Normalmensch ist (wie sollte es auch anders sein!) männlich und weiß......
Mittels Gentherapie und Organtransplantationen wollen die Medizinexperten und die mit ihnen verbundene Gesundheitsindustrie den Tod besiegen. Das wird natürlich kostspielig sein und nur für eine kleine Auswahl reicher Menschen , den „Tüchtigsten“ eben, überhaupt möglich sein.

9. Mit der Klonierung des Menschen werden zentrale Elemente des Menschenbildes der westlichen Zivilisation grundlegend verändert: Seine Einzigartigkeit, seine Fortpflanzungsfähigkeit, die Nichtprogrammierbarkeit seiner Nachkommen ist durch Reagenzglasbefruchtung, Keimbahntherapie und besonders die Klonierung in Frage gestellt. Generell würde damit der Mensch in der Metropole die Abhängigkeit von der Natur, von der natürlichen Evolution überwinden. Und zugleich wäre es die vollständige „Vereinnahmung des Lebens durch die Macht“ (M.Foucault). Individualität, Autonomie und Selbstbestimmung stünden dann den Interessen der Mächtigen nach Steuerbarkeit, vollständiger Unterwerfung, und Planbarkeit des für sie verwertbaren Menschen-potentials gegenüber.

10. Im Sommer 1996 fand in Heidelberg ein internationaler Kongreß über Biotechnologie statt,

wo die Befürworter der Genforschung zu Wort kamen und auch der Euthansiebefürworter Singer zuerst eingeladen worden war. An einem Gegenkongreß nahmen 300 Menschen teil und zum Abschluß des Kongresses trafen sich mehr als 1500 behinderte Menschen, um gegen die Pläne von Wissenschaft und Genindustrie zu demonstrieren. Sie forderten ein sofortiges Verbot aller weiteren Genforschung und die Einstellung aller Gen-Versuche an Menschen, Tieren und Pflanzen!
Grundsätzlich müßten wir angesichts der scheinbar unaufhaltsamen Entwicklung, die von wenigen multinationalen Konzernen, den ihnen zuarbeitenden Universitäten und von machtgeilen Politikern vorangetrieben wird, unter uns sehr deutlich und klar fragen, welchen *Fortschritt* wir überhaupt noch wollen und welche Rolle darin die scheinbar so neutrale Wissenschaft spielen soll!

Max und Moritz



START IN HANNOVER AM 17.7.97

GEHRDEN 18.7. - 9.30 UHR – SOßMAR 18.7. - 17 UHR ZWISCHENSTOPP – BRAUNSCHWEIG 19.7. - 13 UHR ZWISCHENSTOPP (HBF) – LELM 20.7. - 9.30 UHR – WARBERG 20.7. - 11 UHR – BOTTMERSDORF 20.7. - 15 UHR – MAGDEBURG 21.7. - 11 UHR/HBF – BELZIG 22.7. - 9.30 UHR – DAHNSDORF 22.7. - 11 UHR – GOLM/POTSDAM 23.7. - 10 UHR

ENDE IN BERLIN AM 23.7.97

Wir zeigen Präsens!

Gentechnologie ist umstritten. Wir wollen zeigen warum! Seit 1990 werden gentechnisch veränderte Pflanzen in Deutschland freigesetzt, d.h. zu Versuchszwecken im Freiland angebaut. Noch gibt es keine gentechnisch veränderte Pflanzensorte auf dem Markt zu kaufen, aber dies kann sich schon bald ändern.

Und doch ist es noch nicht zu spät, den Gentech-Zug aufzuhalten. Weltweit wird gegen Gentechnik in der Landwirtschaft protestiert; gerade auch in Deutschland!

An fast allen Freisetzungsstandorten laufen Protestaktionen, Äcker werden über Monate besetzt, Berge von Unterschriften wurden mittlerweile gegen die verschiedenen Projekte gesammelt.

Dieser Protest ist den BefürworterInnen unangenehm, er wird kleingeredet oder kriminalisiert. Wieder einmal seien es die überkritischen Deutschen, die eine Zukunftstechnologie verhindern wollten. Wie bei der Atomenergie?

Fortschritt wird mit Gentechnik gleichgesetzt. Das ist falsch.

Vom Risiko zum russischen Roulette

Zu Beginn der Freisetzungen hieß es noch, von den Versuchen gehe keine Gefahr aus. Risiken, die die GegnerInnen sahen, wurden als unrealistisch abgetan.

Heute ist bewiesen,
- daß sich gentechnisch veränderte Pflanzen im Ökosystem etablieren und es verändern können,
- daß horizontaler Gentransfer stattfindet (Aufnahme der manipulierten Gene durch Mikroorganismen),
- daß die genmutierten Pflanzen sich mit Wild- und Kulturpflanzen kreuzen.

Horrorszenarien sind in der Diskussion fehl am Platz. Verharmlosungen ebenso.

Die Gefahr liegt im Erfolg!

Die Maxime der Gentechnikforschung ist nicht die Verbesserung der Nahrungsmittelqualität, sondern die Optimierung des industriellen Anbaus, der Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten. Hauptforschungsziel ist die Entwicklung von herbizidresistenten Pflanzen, also solchen, die Unkrautvernichter in großen Mengen überleben.

Damit soll der Einsatz von Agrarchemikalien erweitert werden.

Der Widerstand wächst

Die Reduzierung des Lebens auf die Begriffe der GenetikerInnen wird von uns kritisiert. Kristallisationspunkte des Protestes sind die Freisetzungsstandorte genmanipulierter Pflanzen und Bakterien. Auf dieser Fahrradtour werden wir einige der Freisetzungsversuche von Hannover bis Berlin »besuchen«.

Schließt Euch uns an!

● = Genehmigte Freisetzungsversuche
○ = Beantragte Freisetzungsstandorte
▲ Weitere, nach dem vereinfachten ... vorgesehene Standorte

FAHRRAD-TOUR '97 gegen GEN
Für gentechnikfreie Landwirtschaft

Bitte schickt Eure Anmeldung bis zum **10.7.97** an: Gen-ethisches Netzwerk e.V., Schöneweider Str.3, 12055 Berlin, Tel.: 030/6 85 80 30 Fax: 030/6 84 11 83.

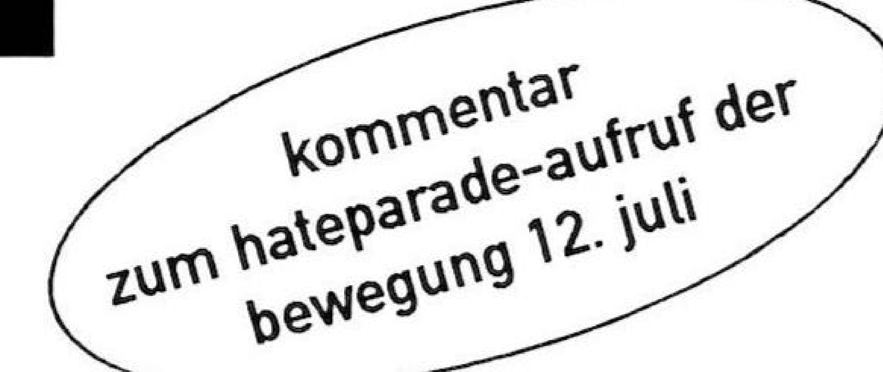
Bitte vergeßt nicht Euren TeilnehmerInnenbeitrag auf folgendes Konto zu überweisen: Gen-ethisches Netzwerk e.V., Postbank Berlin BLZ 100 100 10 Konto 45 21 13 106 Stichwort: Tour 1997

Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 80,– DM. Mensch kann natürlich auch nur einen Teil der Strecke mitfahren (pro Tag: 20 DM).

Bitte denkt daran, Fahrrad, Zelt, Isomatte, Schlafsack und Eßgeschirr mitzubringen. Übernachtet wird auf Zeltplätzen bzw. in Turnhallen. Wir werden auch eine Verpflegung anbieten. Für das Essen müßt Ihr mit maximal 20 DM pro Tag rechnen.

Damit die Tour überhaupt stattfinden kann müssen sich noch mehr, möglichst sofort, verbindlich anmelden!

Warum denn so verkrampft, GenossInnen?



"Wer nichts verstehen will und stolz darauf ist, ist nur Komplize der "Spiegel"-Geheimpolizei, die alles zu verstehen behauptet."

(konkret 1/95, S.59)

Endlich! Nach acht Jahren Love-Parade schaffen es auch Linksradikale, diese Veranstaltung in brillanter Weise politisch einzuordnen. Acht vertane Jahre, die es endgültig unmöglich gemacht haben, sich in Überwindung des linken Kulturkonservatismus in die Techno-Szene einzubringen.
Die Love-Parade ist für viele (ältere) Linke eine Provokation. Sie symbolisiert das eigene Nicht-mehr-mitkommen mit gesellschaftlichen Veränderungen. All die jungen Leute, die ohne hehre Ansprüche den Tanz und den Konsum, das Gut-Aussehen und das Genießen in den Mittelpunkt ihres Wollens rücken. Sowas! Wie kann man nur auf eine Veranstaltung gehen, in der es nur ums Feiern geht, die von der Zigarettenindustrie (alle Linken rauchen) vereinnahmt wurde - und wie kann man nur zu solch seltsamen Klängen tanzen.
Eigentlich haben die Aufrufenden ja recht: Wir sollten den Tanzenden mal zeigen, was Politik ist. Den ewigen Grinsegesichtern, die chemische Drogen aus den Hightech-Labors der Chemieklitschen konsumieren, die blind sind und doch der Sonne nachrennen. Die verdienen keine Aufklärung mehr, nur noch, daß wir ihnen ihr Vergnügen beseitigen. Wer in diesen Verhältnissen feiert, gehört bekämpft!

Wir fragen: Was spricht eigentlich dagegen, endlich sämtliche Rockkonzerte zu sprengen?

(Aber): ob es nicht gerade diese Verhältnisse sind, die dem Vergnügen keinen wirklichen Raum lassen? Ob nicht gerade diese Verhältnisse es sind, an denen sich zeigt, daß Spaß temporär und lokal zugelassen wird, um die Nicht-verwirklichbarkeit der Begierden in diesem System zu verdunkeln?
Das Verlangen, hier und jetzt dem Genuß zu frönen, kann eine subversive Wirkung haben, wenn dieses Verlangen an seine reale Grenze stößt: Uneingeschränkter Rausch ist im Kapitalismus niemals verwirklichbar, weil das Kapital die zu verwertende Arbeitskraft für sein Bestehen braucht!

Die erfolgreiche Einverleibung abweichender Formen
in die komplexe Organisation der offiziösen Systeme
sollte weniger als Niederlage
denn als Aufforderung verstanden werden,
den Impuls, der die Form hervorbrachte, woanders zu beleben!

(frei nach konkret 3/95, S. 54, dort in Bezug auf das Label Mille Plateaux formuliert).

Es gibt viele gute Argumente, die **Love-Parade** zu kritisieren.
Erstmals im Sommer 1989 organisiert, symbolisiert sie neben dem enormen Anwachsen der Techno-Szene ihre kommerzielle Verwertung. Diese Entwicklung führte zur Reduktion von Techno auf eine Stilrichtung, gegenkulturelle Momente wurden fast völlig verdrängt. **Die "schnelle Integration von Underground in das große Spektakel der Freizeitindustrie"**(SPEX 1/95, S. 15) **ist jedoch kein Zwangsmechanismus, sondern Ergebnis von (fehlenden) Kämpfen.** Von linker Seite wird vernachlässigt, wie es zu der Profitorientierung dieser Veranstaltung kam. Was sonst richtigerweise betont wird: Die Historizität von Phänomenen, das wird hier vergessen.

Der Hate-Parade-Aufruf legt den Urschleim des linken Nichtverhaltens im Kulturbereich offen. Er ist ein weiteres Beispiel für die absolute Ignoranz gegenüber kulturellen Prozessen. Das alte Lager-Denken scheint noch immer wirksam zu sein: Der Freund meines Feindes ist mein Feind. Nur weil sich Diepgen und Stahmer für die Parade einsetzen, ist sie gleich bekämpfenswert. **Anstatt innerhalb der Love-Parade traditionelle "Aktionsformen" zu propagieren, hätte die radikale Linke allen Grund, sich mit ihrem Nicht-Verhalten gegenüber kulturellen Phänomenen auseinanderzusetzen.** Die Linke hat die Chance vertan, von Beginn an in der Techno-Szene mitzuwirken. In der britischen Rave-Szene beispielsweise ist eine bewußte und politische Verweigerungshaltung zu finden -im Gegensatz zu Deutschland. In GB vernetzten sich von Beginn an zahlreiche gegenkulturelle Gruppen mit den Rave-Veranstaltern. Obwohl selbstverständlich auch dort der Zugriff großer Konzerne nicht ausblieb, vollzog sich die Kommerzialisierung nicht so reibungslos und unwidersprochen wie in Deutschland.

Vorschlag:
Beteiligung an DJ Trauma XPs Gegenumzug zur Love-Parade, (der sich verwirrenderweise auch Hateparade nennt)

Am 12. Juli um 15 Uhr vor dem Bunker, Albrechtstr. (Mitte)

gegen die Kommerzialisierung von Techno
gegen die Schließung des Bunkers
gegen den Ausverkauf des Scheunenviertels

Die wirrste Entgleisung der Hate-Parade-ProtagonistInnen ist das In-eins-setzen der ultraverwertbaren Form der Love-Parade mit der dort aufgelegten Musikrichtung: **Techno.** Wer von der Kritik an der kapitalistischen Indienstnahme von Pop-Phänomenen hin zur Infragestellung von Techno insgesamt schliddert, kann wohl mit Recht "(...) Agentendienste(n) für die symbolische Ordnungspolizei" geziehen werden (konkret 3/95, S. 54). Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, daß der **Bereich der Kulturkritik am ehesten die Gefahr der Koppelung linker und rechter Diskurse** birgt. Gerade die Kritik an Medien und Technologie weist oft auffallende Übereinstimmungen auf. (siehe: Jacob, Günther, Self-Fulfilling Prophecy in: SPEZIAL 103, S. 27).

post scriptum: Selbst wenn der Aufruf bloß ein Fake sein sollte, um Verunsicherung zu stiften, illustriert er vorhandene und ernstgemeinte Positionen, die hinterfragt werden müssen, wenn der Kampf um kulturelle Hegemonie ernstgemeint sein soll.

beatagentur, berlin den 27. juni 97

... jetzt wird dicht gemacht ... dresden, anfang juli

am montag, den 23.06., errichteten jugendliche in den straßen rund um alternative wohnprojekte der dresdner neustadt straßensperren und zündeten mülltonnen und baucontainer an. ein polizeifahrzeug wurde mit steinen angegriffen und erheblich beschädigt. zivile einsatzkräfte der polizei mußten angegriffen werden, um sie zu vertreiben. die polizei konnte niemanden festnehmen.

seit geraumer zeit wird durch polizei und stadt massiv in das leben der äußeren neustadt und überhaupt in die subkulturelle szene der stadt eingegriffen. bereits eine woche vor den auseinandersetzungen wurde ein punkertreffen in der dresdner altstadt von polizeikräften brutal aufgelöst, wobei es zu über 50 festnahmen kam. dabei wurden auch völlig unbeteiligte passanten eingefahren und bis zum nächsten morgen festgehalten. die konsummeilen dresdens sind ohnehin schon lange gesäubert worden. neuerdings werden dort videokameras instaliert, um alles kontrollieren zu können. alternativen leuten bleibt nix weiter übrig, als sich ins szeneviertel neustadt zurückzuziehen. doch selbst das ist nicht genug. um auch den letzten rest von nichtstaatlicher kultur gleichschalten zu können, wurde/wird die repressionsmaschine in gang gesetzt.

am wochenende vom 20.- 22.06. fand in der dresdner neustadt das alljährliche BRN-fest statt. anders als die jahre davor gab es keinen anmelder bzw. organisator. so war das fest nicht durch kommerzielle stände und veranstaltungen geprägt und wurde zu einem reinen kiezfest. es fanden konzerte, kinder- und straßenfeste statt. während eines punkkonzertes, am sonnabend, besetzte die polizei die straßen rund um die BRN, nachdem punks 3 scheiben einer straßenbahn zerstörten. es kam zu einer kleinen auseinandersetzung zwischen beiden parteien, die durch aufkommenden regen prommt beendet wurden. am sonntag verbot und räumte die polizei eine vorher ausdrücklich genehmigte straßenparty auf der martin-luther-straße (dort gibt es seit anfang 95 ein besetztes haus) . es kam zu mehreren polizeieinsätzen, bei denen erst die musikanlage beschlagnahmt und dann das haus durchsucht wurde. begründung: ruhestörung und gefahr im verzug. es wurden partygäste ohne grund geschlagen und 13 menschen festgenommen. das haus wurde gestürmt und stundenlang durchsucht. am darauffolgenden abend war in einem hinterhof ein lagerfeuer. die polizei rückte daraufhin mit 7(!) einsatzwagen und einer feuerwehrtruppe zum gemeinsamen löschen an. unverrichteter dinge zogen sie jedoch bald wieder ab.

aufgrund des immer größer werdenden drucks auf die alternativen projekte in dresden und den ereignissen der vorangegangenen wochen, entlud sich dann der angestaute frust am montagabend in einer für dresden seit langer zeit unbekannten art und weise. eigentlich war "nur" eine öffentliche ruhestörung von zehn minuten geplant, an der sich ein großteil der alternativen projekte beteiligten. es sollte eine reaktion auf die immer selbstverständlicher werdenden polizeieinsätze und -übergriffe sein, die seit geraumer zeit gegen das subkulturelle leben geführt werden.

seit diesen ereignissen ende juni gleicht die äußere neustadt einer belagerten festung. abends und nachts kreuzen vollbesetzte six-paks der dresdner einsatzhundertschaft im 10 minuten takt durch die straßen und in den kneipen wimmelt es von zivis, tagsüber kreisen hubschrauber über dem viertel und die reiterstaffel der sächsischen polizei kommt zum einsatz. viele leute hier im viertel befürchten nun, daß die dresdner polizei hand in hand mit stadtverwaltung und ordnungsamt "berliner-lösungen" nach dem vorbild von herrn schönbohm durchziehen wird.

neustadt-watch

Rechtsstaatlichkeit siegt - Beschuldigung bleibt
- einige Gedanken zum Freispruch in Lübeck

„Unabhängig davon, ob Safwan Eid freigelassen wird, hat der ideologische Schub in Richtung „Schluß mit dem deutschen Schuldkomplex" seine Wirkung getan. Die erwünschten Folgen sind eingetreten. Insofern ist der Fall Lübeck im Großen und Ganzen abgeschlossen. Die Konsequenzen, die das „Volk" gezogen hat: Nie wieder Selbstbezichtigung, nie wieder Nazi-Vorwurf, „nur" weil „Ausländer" brennen. Deutschland hat genug von seinen Opfern."
(zit. aus „Mörderland Deuschland"/antinationales büro)

Mit dem Freispruch endete in Lübeck ein Prozeß, der für sich genommen den Vergleich mit anderen politischen Prozessen nie zu scheuen brauchte. Allerdings ging es in Lübeck nicht gegen „Staatsfeinde" linksradikaler Provenienz, die kriminalisiert wurden, sondern gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, die ihrerseites Opfer eines Brandanschlags gewesen waren. Dennoch gilt es retroperspektiv festzustellen, daß das Interesse linker, antirassistischer und antinationaler Initiativen erschreckend dürftig ausfiel. Neben der Tatsache, daß auch viele Linke dem rassistischen Konstrukt aufsaßen, mag ein anderer Grund hierfür die Überzeugung gewesen sein, der „Fall Lübeck" sei bereits nach einigen Wochen politisch abgeschlossen und „verloren" gewesen. Dies mag von einer analytischen Warte aus betrachtet sich so dargestellt haben, es wurde jedoch völlig ausgeblendet, daß für die Opfer des Anschlages „der Fall" keineswegs beendet war, sahen sie sich doch in der Folgezeit noch verstärkt rassistischen Anwürfen und der Gefahr einer drohenden Abschiebung ausgesetzt. Zum Anderen wurde das Bild eines bereits vollständig abgeschlossenen Formierungsprozesses gezeichnet. Dabei wurde nicht wahrgenommen, daß (nach wie vor) in den herrschenden rassistischen und nationalistischen Konstruktionen Widersprüche bestehen, die, (zugegebenermaßen kleine) Ansatzpunkte für Interventionen hätten bieten können.
So richtig also die Einschätzung im Eingangszitat bereits im Februar 1996 war, so bedarf sie nach dem Freispruch Safwan Eids am 30. Juni, nach 61 Verhandlungstagen, doch noch einiger Ergänzungen, denn sie ist nicht in Lage zu beschreiben, was sich insbesondere mit Beginn der Hauptverhandlung am 16. September 1996 an weiteren Entwicklungen vollzogen hat. Wenn auch der im Eingangszitat erwähnte „ideologische Schub" seine Wirkung freilich getan hat, so waren Staatsanwaltschaft und Medien damit beschäftigt (und sind es immer noch), das Konstrukt durch frei erfundene und erlogene Anschuldigungen der HausbewohnerInnen abzusichern und die vorhandenen Widersprüche zu verdrängen. Auch wurde verkannt, daß die HausbewohnerInnen zwar bereits in der Anfangsphase als „TäterInnenkollektiv" dargestellt wurden und sich bereits am 19. Januar stundenlangen, qualvollen Vernehmungen ausgesetzt sahen, die Beschuldigung gegen sie durch die Eröffnung und insbesondere in der Hauptverhandlung potenziert wurde.
Vieles von dem, was im folgenden noch einmal erwähnt werden soll, dürfte den meisten bereits bekannt sein. Zumindest werden diejenigen entäuscht werden, die etwas gänzlich „Neues" oder „die Sensation" erwarten. Vielmehr geht es darum, nochmals einige Sachen ins Gedächtnis zu rufen und einmal mehr auf die Bedeutung, die das „Modell Lübeck" für die weitere Verschärfung des rassistischen Klimas hat bzw. haben wird, hinzuweisen.

Die Beschuldigung bleibt

Der am 30. Juni verkündete Freispruch kam alles andere als überraschend. Sogar das Gericht war in einer Zwischenbilanz im April zu dem Ergebis gekommen, daß selbst, wenn in Zweifelsfällen die für Safwan Eid ungünstigere Variante herangezogen werden würde, die Beweisaufnahme nichts belastendes ergeben hat. Doch, und auch das war bereits frühzeitig klar, um eine Veurteilung Safwan Eids ging es in diesem Procedere auch gar nicht. Zu offenkundig war, daß sich das staatliche Konstrukt nicht halten lassen würde und daß eine Verurteilung auch nicht nötig ist, um die HausbewohnerInnen zu stigmatisieren.



Bereits vor der Hauptverhandlung hatte Staatsanwalt Michael Böckenhauer darauf hingewiesen: Ein Freispruch stelle für ihn keine Niederlage dar. Denn mit der Eröffnung einer Hauptverhandlung war ein weiteres Ziel erreicht, die Anschuldigung Safwan Eids und weiterer HausbewohnerInnen aufrechthalten zu können und die Grevesmühlener Nazis, gegen die sich seinerzeit neuerlich Hinweise ergeben hatten, weiterhin zu schützen. So wurde mit dem Prozeß die bereits mit der Verhaftung Eids am 20. Januar eingeschlagene Linie, haltlose Verdächtigungen zu streuen, konsequent fortgesetzt: Immerfort mit Dreck zu schmeißen in der Gewißheit, das etwas hängen bliebt. Waren doch die PressevertreterInnen zu begierig darauf, neue Spekulationen zu vermelden, die ihren eigenen rassistischen Vorstellungen und denen der LeserInnenschaft entsprechen.
Insbesondere die HausbewohnerInnen, die nicht bereit waren, das Konstrukt der Staatsanwaltschaft mit ihren Aussagen zu unterstützen, bzw. die ihrerseits das Vorgehen der Staatsanwaltschaft angriffen, sahen sich immer wieder Verdächtigungen der Staatsanwaltschaft ausgesetzt. Dies ist nicht allein mit dem Ziel zu erklären, die Glaubwürdigkeit der ZeugInnen, die mit Vehemenz die Version der Staatsanwaltschaft bestritten, das Feuer sei im 1. Obergeschoß ausgebrochen, zu erschüttern. Ein zweites, dem Verfahren immanentes Motiv war es, in der Öffentlichkeit den Verdacht zu streuen und zu verstärken, unter den HausbewohnerInnen seien der oder die angeblichen MittäterInnen zu finden. Dabei wurde jedes nicht sofort verständige Detail, bzw. jedes Detail, was die Staatsanwälte nicht sofort verstehen wollten zum Verdachtsmoment und zum möglichen Tatmotiv erklärt.
Weit davon entfernt, sich mit unterschiedlichen Lebenssituationen vertraut zu machen, wurde gesucht nach dem aus der deutschen Sicht Untypischen, nach Abweichendem. Quintessenz: Die Abweichung von der deutschen Norm kann und soll nicht geduldet werden, sie macht der (Mit-)Täterschaft verdächtig. Schließlich, so wurde suggeriert, ist „den Ausländern" alles zuzutrauen, auch sich das eigene Haus anzuzünden.
Das man es keiner/keinem von ihnen, auch nicht Safwan Eid, nachweisen konnte sei, so die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer, letztendlich der Rechtsstaatlichkeit geschuldet. Das Gericht habe mit der Ablehnung von illegalen Abhörprotokollen aus der Untersuchungshaft Safwan Eids die Möglichkeit einer Verurteilung verbaut. Aber, so Staatsanwalt Böckenhauer in der taz: „Lieber bleibt ein Schuldiger frei, als einen Unschuldigen zu verurteilen". So bestätigt sich die „Rechtsstaatlichkeit" nach 61 Verhandlungstagen eines rassistischen Prozesses selbst. Der Rechtsstaat hat gesiegt, die Beschuldigung der Opfer, insbesondere Safwan Eids, bleibt aufrechterhalten.

Staatlicher Täterschutz

Das Ermittlungskonstrukt, dem das Verfahren bzw. der Prozeß zu Grunde lag, diente von Anfang an dem Ziel, zu verhindern, daß Deutsche als Täter trotz erdrückender Hinweise zur Verantwortung gezogen werden könnten: Ob nun die frischen Sengspruren an den Haaren, (die Haarproben sind inzwischen sicherheitshalber „verloren" gegangen) und den hierfür abgegebenen „Erklärungen", bei denen einem das Lachen im Halse stecken bleibt, oder die selbstbewußte Aussage eines Grevesmühleners (Maik Wotenow), nachdem er in Güstrow bei einem Ladendiebstahl erwischt, wurde, die Polizei könne ihm gar nichts, schließlich sei er ja auch bei dem Brandanschlag auf das Lübecker Asylbewerberheim dabeigewesen: Im Fall Lübeck noch von Vertuschung zu reden ist fast schon absurd, meint das Wort doch, daß es etwas zu verheimlichen gibt. Die Tatsachen, die für einen rassistischen Brandanschlag sprechen sind ebenso offenkundig wie die die Tatsache, daß das Verfahren gegen Safwan Eid, der Erlaß von Haftbefehlen zur Begründung einer sechsmonatigen Untersuchungshaft und die Eröffnung einer Hauptverhandlung auf haltlosen zusammenphantasierten und erlogenen Behauptungen beruhte.

Ein gesellschaftlicher Konsens forderte im Januar letzten Jahres, daß deutsche Täter nicht zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Zu den Motiven und Hintergründen ist an anderer Stelle bereits genug gesagt worden.

Doch stellt dies nur die strukturelle Ebene dar, in dem das „Modell Lübeck" - die Opfer-Täter-Verkehrung - statt finden konnte und die Ziele, die damit verfolgt wurden. Zu fragen ist daneben auch nach den Entscheidungsträgern, die diesem kollektiven Wunsch Ausdruck verliehen und konkrete Taten folgen ließen. Dabei geht es nicht um die Entlastung der schweigenden bzw. zustimmenden Mehrheit durch Focussierung auf ein oder zwei rassistische, gar „schlampige" Staatsanwälte, die dann als Sündenböcke suspendiert werden, um den Ruf des Justizapparates wieder herzustellen. Aber wenn es stimmt, daß die staatliche Vertuschung rassistischer Morde auch der Legitimierung zukünftiger Gewalttaten dient, dann müssen neben den gesellschaftlichen Verhältnissen, die ein derartiges Verhalten ermöglichen und fordern auch die hierfür verantwortlichen Handlungsträger aufgezeigt und angegriffen werden.

Wer, wann, wo alles die politischen Entscheidungen getroffen hat, liegt nach wie vor im Dunklen. Lediglich aus der FAZ, der wohl ein guter Draht zu staatlichen Stellen nachzusagen ist, ließ sich Ende März entnehmen, daß die schnelle Entlassung der tatverdächtigen Jugendlichen (auch) auf Drängen des damaligen Generalstaatsanwalts Heribert Ostendorf zustande kam.

Drohende Abschiebungen

Nachdem die ehemaligen BewohnerInnen der Unterkunft in der Hafenstraße als Projektionsfläche für Rassismen von Staatsanwaltschaft und der Medien ausgedient haben, will der deutschen Staat sich ihrer nun entledigen. Ihre „Duldungen" waren stets mit dem Prozeß verknüpft und werden in der nächsten Zeit auslaufen. Zwar hatte Lübecks Bürgermeister Bouteiller (SPD) nach dem Brand zugesichert, alle Opfer des Brandanschlages würden ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten, doch hat er bisher keinerlei Anstalten gemacht, die Zusage in die Praxis umzusetzen. Im Gegenteil: Obwohl er letztendlich auch als Leiter der Ausländerbehörde der Stadt Lübeck fungiert, sieht er sich für die Erteilung von Aufenthaltsrechten nicht (mehr) zuständig und verweist auf den Innenminister Schleswig-Holsteins, Ekkehard Wienholtz. Doch auch die (rot-grüne) Landesregierung schiebt die Verantwortung von sich. Zwar sprach sich der Landtag für ein Bleiberecht der Opfer des Brandanschlages aus, es wurde aber gleichzeitig konstatiert, dieses könne nur von Bundesinnenminister Kanther erteilt werden. Bei Manfred "Neben mir ist rechts kein Platz" Kanther liegt der Antrag nun auf dem Schreibtisch. Einer Kurzmeldung der taz vom 24. Juni war zu entnehmen, Kanther habe sich gegen ein Gruppenbleiberecht ausgesprochen, was jedoch niemanden wirklich überraschen wird.

Last but not least

Die Aufarbeitung des Lübecker Brandanschlages bedeutet einen weiteren qualitativen Sprung in Sachen rassistischer Gewalt, dies nicht nur weil in Lübeck 10 Menschen ermordet wurden. Zwar wurde immer wieder versucht, deutlich zu machen, daß das Vorgehen in Lübeck keinen Einzelfall darstellt. Ob in Lanbertheim, in Stuttgart oder in Hattingen: Auch dort wurde versucht nach Brandanschlägen die Opfer zu TäterInnen zu machen und den rassistischen Hintergrund und eine deutsche Täterschaft zu negieren. Im Gegensatz zu diesen Fällen rassistischer Ermittlungen aber stand Lübeck von Anfang an im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Hier wurde (und wird immer noch) in einem Zusammenspiel von Justiz, Medien und Bevölkerung öffentlich vorexerziert, daß deutsche Täter in punkto rassistischer Gewalt nichts zu befürchten haben, daß eine breite Mehrheit gegebenenfalls bereit ist, die Mörder zu schützen. Durch diesen Schulterschluß versichert sich das deutsche Kollektiv einmal mehr seiner selbst und macht deutlich, wer aus dieser Sicht die „Anderen", die „Fremden" darstellen, die gegebenfalls auch zur Ermordung freigegeben sind.

Hiergegen gilt es mehr denn je zu opponieren.

Karlson



Nazikaderin wollte Personalien von Antifas

Drahtzieherin der Anti-Antifa tappte in die Falle

Im letzen halben Jahr machte sie in der Führungsebene faschistischer Organisationen bundesweit Karriere: Thekla Kosche aus Bad Segeberg trat dem neofaschistischen Computerverbund „Thule" bei, um in der Szene nach „ganz oben" aufzusteigen. Da dort Gerüchte laut wurden, sie arbeite für den Verfassungsschutz, baute sie nach ihrem Ausschluß zusammen mit faschistischen Kadern wie Oliver Schweigert, Jürgen Jost, dem ehemaligen „Pressesprecher" des Netzes, Teilen des „Freiheitlichen Volksblocks" aus Nürnberg und prominenten NPD/JN-Mitgliedern eine neue Vernetzung der Führungsebene auf, die seit kurzem unter dem Namen „Nordland-Netz" an die Öffentlichkeit tritt.

Inhaltlicher Schwerpunkt des „Nordland"-Zusammenschlusses ist neben der bundesweiten Vernetzung der faschistischen Kader die Anti-Antifa-Arbeit. Die Anti-Antifa sammelt Informationen über tatsächliche und vermeintliche Gegner. Das sind meist Linke, aber auch Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Journalisten oder wie in Lübeck sozial engagierte Christen. Die gesammelten Informationen werden dann zu Anschlägen, Überfällen oder zur Einschüchterung benutzt, die nicht selten mit dem Tod eines oder mehrerer Menschen enden.

In einem programmatischen Artikel forderte sie zur „Archivierung und Sammlung von Daten" über „die linken Drahtzieher und Anstifter" auf. „Sie wiederholen pausenlos die abgedroschene Hetze gegen uns und versuchen, antifa-Aktionen zu organisieren und anzuheizen, auch sorgen sie fuer die Unterstützung linker Jugendlicher durch öffentliche Gelder." Die Daten sollten an die von Thekla Kosche betriebene Computermailbox „Asgard BBS" geschickt werden, die als zentraler Anlaufpunkt der Anti-Antifa in Norddeutschland fungiert. Eine weitere Anlaufstelle war die „Anti-Antifa Berlin (AAB), zu erreichen über das Postfach des Berliner Allround-Nazis und ehemaligen Kroatiensöldners Oliver Schweigert - ein langjähriger Freund von Mördern



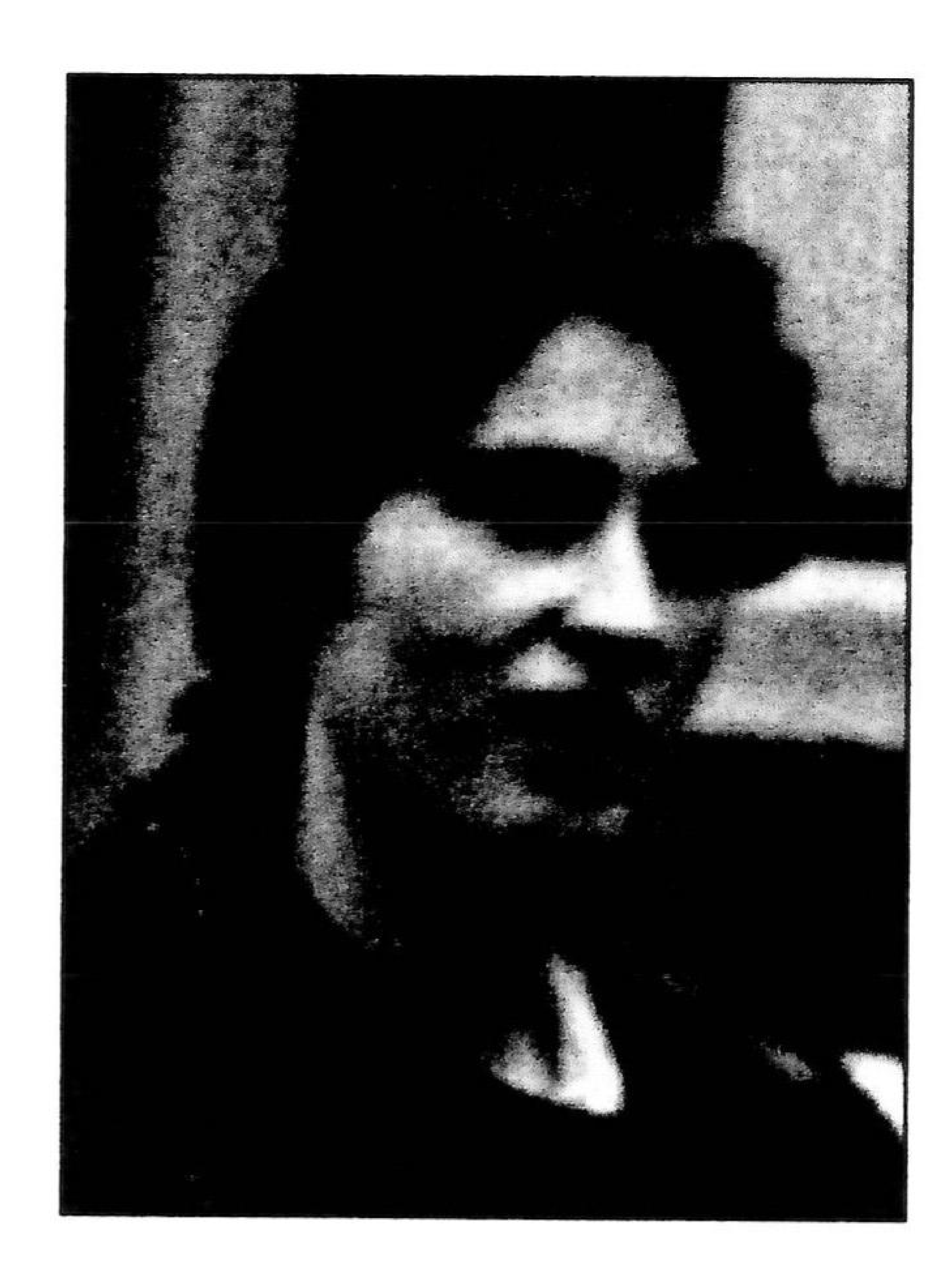
Thekla Kosche in einem Leipziger Straßencafé beim Treffen mit Antifas

wie Detlef Nolde, Lutz Schillock und Kay Diesner. Letzterer wurde im Februar an der Autobahn unweit von Bad Segeberg festgenommen, nachdem er in Berlin-Marzahn einen linken Buchhändler angeschossen und auf dem Rastplatz einen Polizisten ermordet hatte.

In einem Drohbrief an einen Antifaschisten aus Berlin sprach sie offen aus: „Der Nationalsozialismus ist die einzige Weltanschauung, die den natürlichen, realen Gegebenheiten der menschl. Existenz voll Rechnung trägt, die darauf basiert und den Freiraum für eine geistige Höherentwicklung offen lässt." Nach einem von T. Kosche angemeldeten Naziaufmarsch Ende Mai in Bad Segeberg wurde dies dann in die Tat umgesetzt: Noch in der darauffolgenden Nacht brannte in Lübeck eine Kirche, am Tatort wurden Hakenkreuze hinterlassen. Die naheliegende Frage, ob die Brandstifter sich auf dem Naziaufmarsch Rückendeckung verschafft hatten, wurde von der Polizei bald wieder fallengelassen. Der Brandanschlag leitete eine ganze Serie von weiteren Brandanschlägen und Kirchenschändungen in Schleswig-Holstein ein.

In ihrer Funktion als treibende Kraft der Anti-Antifa in Norddeutschland trat Thekla Kosche auch an Aussteiger aus einer antifaschistischen Gruppe heran, um von ihnen Informationen über Antifa-Strukturen sowie Personalien von AntifaschistInnen zu erhalten. Doch nicht jeder Aussteiger ist auch ein Überläufer. Als sich ein angeblicher Aussteiger bei ihr meldete, kam T. Kosche sofort zur Sache: Sie bekannte sich zur „Gegenseite", wolle die Antifa „nachhaltig in die Schranken weisen" und vereinbarte ein Treffen, auf das sich der Antifaschist zum Schein einließ.

Als Thekla Kosche am 4. Juli nach Leipzig kam, sah auch alles danach aus, als bekäme sie nun die Informationen, mit denen sie ihre Drohungen in die Tat umsetzen könnte. Von ihrem Gesprächspartner nach den Gründen ihres Interesses befragt, wurde sie ziemlich deutlich. Wenn Flüchtlingsheime brennen, seien ihr die Menschenleben „scheißegal. Man muß das schließlich theoretisch sehen." Angesprochen auf ihr Verhältnis zur Gewalt, stellte sie klar, daß es Situationen gibt, wo sie auch einem angeblichen Antifa-Aussteiger gegenüber faschistische Gewalt offen befürworten kann: Vertrauensselig erwähnte sie als ein Beispiel die Schutztruppe der Nazi-Tagung in Hetendorf. Thekla Kosche hat nach eigenen Angaben an dem jährlichen Neonazi-Treffen teilgenommen, einer Vernetzung, die als bundesweite Kontaktbörse der Führungskader betrachtet werden kann.



Thekla Kosche, bekennende Nazisse aus Bad Segeberg

Als das Treffen dann gestoppt wurde und sie auf einmal Antifaschisten gegenübersaß, die sie aus der Öffentlichkeit kennt, war dann ihre Überraschung groß. Verbissen in die Vorstellung, zur „Info-Elite“ der Neonazis aufzusteigen, war sie sich ihrer Sache so sicher, daß sie sämtliche Vorsichtsmaßnahmen, wie sie sonst in der Anti-Antifa üblich sind einfach ignorierte. So ließ sie sich z.B. in eine ihr vorher nicht bekannte Kneipe lotsen. Diese Sorglosigkeit wurde ihr auch schon oft von Kameraden vorgehalten.

Ob Thekla Kosche sich mit diesem Alleingang in der Nazi-Szene beliebt machen wollte oder ob sie neofaschistische ebenso wie linke Gruppen für den Verfassungsschutz ausspähen will, bleibt offen. Auch bei Treffen mit Kameraden verhält sie sich teilweise sehr merkwürdig. Sie fährt durch das ganze Land um an die Daten nicht nur von Linken zu kommen. So versuchte sie beispielsweise fast alle Aktivisten des Thulenetzes persönlich kennenzulernen, obwohl man dort sehr auf den Schutz seiner persönlichen Daten bedacht ist. Sie fordert „verdiente Kameraden“ wie zum Beispiel Kai Dalek (GdnF) dazu auf, ihr seine Antifa-Informationen zu überlassen, und hat sich durch dieses Verhalten innerhalb der Naziszene einige Feinde geschaffen. Andere hingegen sind wahre Anhänger von ihr. Alles hält sie nicht davon zurück, zielstrebig an der Koordination der Naziszene und besonders der Anti-Antifa zu arbeiten.

Hartmut Kohn

POTSDAM

Dortustraße 5 geräumt – Seuchengefahr

2.7.97 28 Hausbesetzer festgenommen – Stadtkonservator über zertrümmerte Tür verärgert

BM Potsdam – Das seit fünf Jahren besetzte Haus an der Dortustraße 5 in der Potsdamer Innenstadt ist gestern morgen gegen 5.15 Uhr von Polizisten geräumt worden. „Es bestand Seuchengefahr, wir mußten handeln“, begründete Jugend- und Gesundheitsstadtrat Jann Jakobs (SPD). 28 Hausbesetzer, darunter elf Mädchen und Frauen, wurden vorläufig festgenommen, teilte das Polizeipräsidium mit.

„Die verlief ohne größere Zwischenfälle“, sagte Jakobs. Der Politiker war Augenzeuge der Räumung. In der Ordnungsverfügung heiße es, so Stadt-Sprecherin Regina Thielemann, „daß das gesamte Grundstück mit Exkrementen von Hunden und Menschen, verdorbenen Speise- und Lebensmittelresten, Abfällen, Sperrmüll und Schrott in Höhe bis zu drei Metern auf dem Hofgelände verunreinigt ist“. Jakobs kündigte „sofortige Entrümpelung und Rattenbekämpfung“ an.

Als Stadtkonservator Andreas Kalesse gestern gegen zehn Uhr das geräumte Domizil in Augenschein nahm, stellte er fest: „Die Hoftür zur Straße wurde zertrümmert. Damit ist bei der Räumung historische Bausubstanz zerstört worden.“ Weil das Haus zu den denkmalgeschützten Bauten der Zweiten Barocken Stadterweiterung zähle, hätte sein Amt vorab über die Maßnahmen informiert werden müssen. Kalesse: „Wie können wir Hausbesetzern die Zerstörung geschützter Bausubstanz vorwerfen, wenn die Stadt so handelt?“ „Ein Versäumnis“, gesteht Jakobs. „Darauf hätte Rücksicht genommen werden müssen.“ Drohende Seuchengefahr hätte aber ein schnelles Handeln notwendig gemacht. „Wir werden aber die hofseitige Tür vorsichtig heraushebeln, damit wenigstens sie später restauriert werden kann.“



So sah es im Innern des besetzten Hauses aus. Die Räumung verlief ohne größere Zwischenfälle. Foto: Horn

Die Polizei prüfte gestern, ob die festgenommenen Hausbesetzer weitere Straftaten begangen haben. „Es besteht Diebstahlsverdacht“, so die Sprecherin der Polizei, Angelika Christen. Es müsse jetzt die Herkunft von sichergestellten Gegenständen ermittelt werden. „Darunter sind auch hochwertige Fahrräder.“

Das Liegenschaftsamt hatte am 9. Juni, nach dem Verstreichen der letzten Frist zur freiwilligen Räumung, Anzeige wegen Hausfriedensbruchs gegen Unbekannt erstattet. Der Grund: Die Stadt will endlich das Haus verkaufen. Der Käufer aber wollte weder eine besetzte Immobilie noch, so Clais-Henning von Mirbach, eine Müllkippe kaufen.

Die 16 Hunde der festgenommenen Besetzer haben gestern ein neues Heim in einem inzwischen legalisierten Haus an der Dortustraße 65 erhalten. Zwölf Häuser sind noch besetzt.

Noch eine Woche vor der Räumung hatte die Grüne Liga einen Spendenaufruf für die „Dortu 5“ gestartet. Liga-Sprecher Norbert Wilke: „Wir unterstützen Projekte alternativen Wohnens.“

Schwarz-Grüne Stadtplanung in Mülheim
Zur Räumung der besetzten Häuser an der Hansastrasse

Am 10. Juni 1997 gegen 10 Uhr wurde das seit über vier Wochen besetzte Gelände an der Hansastrasse in Mülheim-Speldorf mit einem massiven Polizeiaufgebot (180 Beamte) geräumt. Die BesetzerInnen wurden in teilweise brutaler Art und Weise von den Dächern der Häuser und den Zweigen eines auf dem Gelände befindlichen Baumes geholt. Insgesamt nahm die Polizei 31 Leute mit, die alle gegen 16 Uhr wieder draußen waren. Zwei Menschen konnten sich noch bis abends auf dem Baum halten. Gegen Zusicherung eines Verzichts auf Personalienfeststellung verließen sie diesen gegen 22 Uhr 30. Zu diesem Zeitpunkt waren schon fast alle auf dem Gebäude befindlichen Häuser abgerissen und alle übrigen Bäume gefällt worden.

Heute, einen Tag später, sind wir immer noch dabei, unsere persönlichen Gegenstände, wie Schlafsäcke, Rucksäcke, Kleidungsstücke, unseren Kocher und andere Sachen im Schutt zu suchen. Die Einsatzleitung hatte Menschen, die diese Sachen für die BewohnerInnen vor dem Bagger retten wollten, den Zutritt zu dem Gelände verwehrt. Vielmehr wurde den Bauarbeitern explizit gesagt, sie sollten diese Gegenstände nicht beiseite räumen, sondern direkt mit dem Abriss beginnen. Einige von uns sind wieder obdachlos geworden, für sie ist der Verlust der Schlafsäcke besonders schmerzlich.

Viel größer wiegt jedoch unsere Trauer über den Verlust des Geländes. Es handelt sich um eine 8000 qm große Flächein der Mitte des Stadtteils Speldorf gelegen. Hier standen zwei alte Fachwerkhäuser (ca 130 und 300 Jahre alt), zwei weitere Wohnhäuser, ein kleines, über 100 Jahre altes Fabrikgebäude und ein Wohnhaus mit angrenzender Lagerhalle. Geprägt wurde das Grundstück durch seinen Baumbestand und mehrere Gärten. Die Kastanie, die gestern noch bis in den Abend von zwei Menschen besetzt wurde, war über 100 Jahre alt. All das wurde platt gemacht, damit nun hier ein großer ALDI-Markt mit 130 Parkplätzen entstehen kann. Das schöne Gelände ist unwiederbringlich verloren.

Wir waren seit dem 11. Mai auf dem Grundstück. Anfangs mit 7 Leuten, doch schnell war unsere Zahl auf ca. 15 Menschen angewachsen, die in zwei auf dem Gelände befindlichen Häusern lebten. Viele Menschen, die vorbeikamen, um uns im Kampf um den Erhalt des Geländes zu unterstützen, zogen spontan bei uns ein, da die Einzigartigkeit des Geländes auch sie in ihren Bann zog. Wir arbeiteten, kochten, feierten, lebten zusammen. Vom Lebenshintergrund und Alter völlig unterschiedliche Menschen kamen sich näher und entwickelten gemeinsame Träume. Junge Menschen aus dem Stadtteil verlegten für vier Wochen ihren Lebensmittelpunkt auf dieses Gelände, lebten mit uns zusammen.

So entstand die Idee, auf diesem Gelände ein alternatives Wohnprojekt auf ökologischer Basis, mit KITA und Stadtteilzentrum, entstehen zu lassen. Das Gelände bot sich für eine solche Nutzung geradezu an. Unsere vorrangige Zielsetzung war jedoch stets der Erhalt dieser kleinen "Idylle", ja, das ist wohl das einzige Wort, das uns einfällt, um das zu beschreiben, was auf diesem Gelände gewesen ist. Mit der Räumung wurden auch die gemeinsamen Träume und Möglichkeiten des Zusammenlebens zerstört.

Diese vier Wochen sind für uns aber auch eine wahnsinnige Rödelei und ein Wechselbad der Gefühle gewesen. Die Belastungen waren groß, Menschen mußten arbeiten gehen, Kinder versorgen, zur Schule gehen und zugleich auf allen Ebenen für den Erhalt der hansastrasse kämpfen. Wir haben auf politischer und juristischer Ebene unendlich viele Versuche gestartet, Häuser und Bäume zu retten. Wir haben Demos, Bürgertreffs, Infostände organisiert, Unterschriften gesammelt, Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Doch auch der Sieg der Hansastrassen-Ente beim 2. Mülheimer Quietsche-Entchen-Rennen (immerhin gegen 700 KonkurrentInnen), konnte das Gelände nicht retten, weil uns die Politik im Stich gelassen hat.

Die Planungsarbeiten waren in einem atemberaubenden Tempo durchgezogen worden. Zum Zeitpunkt der Besetzung war die Baugenehmigung schon nach §34 erteilt worden, ein Paragraph, der Bürgerbeteiligung quasi ausschließt. Allen weiteren Maßnahmen wurden stets mit Verweis auf die schon erteilte Genehmigung zugestimmt, wie zum Beispiel der Aufhebung des Denkmalschutzes für das alte Fachwerkhaus. Wir haben auf allen Ebenen versucht Druck auszuüben, aber die Verwaltung mauerte und die Politik zeigte keine Bereitschaft einzugreifen. Erst nach dreiwöchiger Besetzung, und damit dreiwöchigem dauerhaften Druck durch die BesetzerInnen, erklärten sich die Grünen bereit (Mülheim wird schwarz-grün regiert), ALDI ein Ersatzgrundstück anzubieten. Erst einen Tag vor der Räumung zeigten die Grünen die Bereitschaft, massiver auf ALDI einzuwirken. All das hätte früher geschehen müssen, und nicht erst drei Tage nachdem uns die Polizei mitgeteilt hatte, daß bald mit einer Räumung zu rechnen sei. Die Räumung fügte sich nahtlos in das bisherige Vorgehen, das Gelände an der Hansastr. betreffend, ein. Es wurden Fakten geschaffen und hinterher wortreich erklärt, jetzt könne nichts mehr getan werden. ALDI hatte sich von Beginn an nicht verhandlungsbereit gezeigt, konnte der Großkonzern doch mit der stillschweigenden Zustimmung von Politik und Verwaltung rechnen.

Die martialische Räumung am Dienstag - 180 Polizisten, darunter SEK aus Münster, ein Räumpanzer, der Wassereinsatz gegen die Presse, interessanterweise mit Unterstützung der Feuerwehr, die auch half, die Leute von den Bäumen zu zerren, 31 gefesselte und in Gewahrsam genommene BesetzerInnen- ist Höhe- und Schlußpunkt dieser traurigen Geschichte. 3 Menschen mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die beiden Leute, die in den zwei Häusern ordentlich gemeldet sind, wurden von den Beamten ausgelacht, als sie sich nach ihrem Eigentum und einem Räumungstitel erkundigten. Als besorgte Anwohner das brutale Vorgehen gegen die Menschen auf dem Baum und den Dächern kritisierten, die teilweise in Lebensgefahr gebracht wurden, erklärte ein Beamter, das da oben seien keine Menschen.

Wir sind wütend und schockiert über das unangemessene Vorgehen der Polizei.
Vor allem aber traurig wegen all dem, was mit der Räumung der Hansastrasse am Dienstag morgen zerstört wurde.

An alle Amsterdam - Festgenommenen

die nach Deutschland abgeschoben und dort vom Empfangskomitte des BGS, ohne roten Teppich, dafür aber mit Spalier und ED - Behandlung begrüßt wurden. Um Widerspruch gegen die ED - Behandlung einzulegen, müßt Ihr bei der Staatsanwaltschaft Kleve Antrag auf Löschung der Daten stellen (Personalien, Ort, Datum und Uhrzeit der ED - Behandlung angeben).
Für alle BerlinerInnen, bzw. PotsdamerInnen gibt es die Möglichkeit, den ganze Papierkram gemeinsam über einen Anwalt zu regeln. Dafür brauchen wir natürlich von allen Leuten Personalien, Ort, Datum und Uhrzeit der ED - Behandlungund deshalb gibt's am

SONNTAG; 19 JULI um 13 UHR inna KÖPI

ein gemeinsames Treffen mit lecker,lecker Frühstück !

Nie fertig, stets bereit

Abtauchen - Exil - militante Politik - K.O.M.I.T.E.E. - um all das ging es in Urmels Text "Ready or not" (Swing 2/3.97 bzw. Interim 415/10.4.97), und aus dieser Themenspanne ergibt sich auch die Schwierigkeit einer direkten Antwort. Da ich aber ohne Urmels Anstoß den folgenden Text nicht geschrieben hätte, bleibt es nicht bei allgemeinen Beiträgen zu den Themen.
Ich glaube, es hätte Urmels Text gut getan, genauer zu trennen zwischen den grundsätzlichen bzw. politischen Aspekten der Debatte und der konkreten Geschichtsaufarbeitung in Sachen KOMITEE. Es ist immer schwer, allgemein zu diskutieren, dabei aber ein ganz konkretes Beispiel dazu im Kopf zu haben, und ganz besonders schwer ist es dann, wenn persönliche Betroffenheit mit im Spiel ist.
Weil ich nicht umhin komme, sowohl allgemein als auch speziell zu argumentieren, orientiere ich mich grob an der von Urmel gewählten Aufteilung und beginne mit Überlegungen zum Abtauchen und dem drumherum.



1) Flucht
Den Begriff "Exil" finde ich in dieser Diskussion nicht angemessen. Ich stimme nicht völlig mit der Sichtweise des Radikal-Verfolgten Matthes überein, der von Exil nur sprechen wollte, wenn der oder die Flüchtige im betreffenden Land einen legalen Status hat. Für mich bedeutet "Exil", daß ein Mensch entweder von einem Staat "ausgesperrt" wurde, eigentlich aber zurückmöchte; oder aus einem Staat fliehen mußte, um einer politischen (oder anderweitigen, jedenfalls nicht rein juristischen) Verfolgung mit Bedrohung für Leib und Leben zu entgehen.
Da gibt es natürlich Grauzonen. Wo beginnt etwa diese Bedrohung? Und: Jeder Staat bemüht sich, politische Verfolgung als "rein juristisch" darzustellen. Es gibt keine irgendwo einklagbare Instanz, die uns sagt, ab wann es legitim ist, die Repression des deutschen Staates gegen Linksradikale als "Terror", unsere Opposition als "Widerstand", bewaffnete Kleingruppen als "Guerilla" und unsere Flucht als "Exil" zu bezeichnen. Wenn ich aber sowohl historische als auch aktuelle internationale Vergleiche anstelle, finde ich diese eben genannten Begriffe als Beschreibung für die Situation hierzulande absolut unangemessen. Die gesellschaftliche Rolle der deutschen Linksradikalen läßt sich nicht großreden durch solche geschichtsmächtigen Worte. Sie klingen, als ginge es darum, uns gewissermaßen in die erste Liga der historisch bedeutsamen revolutionären Bewegungen hineinzumogeln, da wir es zur Zeit rein praktisch nicht ganz schaffen. Das haben wir aber gar nicht nötig. Was geht uns verloren, wenn wir uns mit Begriffen wie "Repression", "linksradikale Opposition", "militante Gruppen", "Flucht" begnügen und uns andere Worte aufheben für andere, viel krassere Zeiten? Denn, so schlimm die Zustände in Deutschland auch sind, der Spielraum für linksradikale Opposition ist hier doch immer noch größer als in den meisten anderen Staaten dieser Welt; übrigens: wer dunkle Hautfarbe hat, hat in Deutschland im allgemeinen mehr Terror zu fürchten als linksradikale Militante. Im Fall der wegen KOMITEE Gesuchten sehe ich ganz klar kein Exil, sondern eine notwendige Flucht vor einer konkreten und bürgerlich-juristisch erklärbaren Strafverfolgung. So, genug zum "Exil".

Die Einwände von Urmel gegen den Mythos des Abhauens teil ich voll und ganz.
Natürlich ist der Knast nicht die "Universität der Revolution", aber er ist auch nicht unvermeidlich das Grab aller Träume, als das er uns oft erscheint. Die von Urmel kritisierte Gleichsetzung von Flucht=gut und Knast=schlecht ist wirklich zu schwarz-weiß gestrickt. Es muß immer überlegt werden, wie ein Mensch drauf ist und wie die Lebensbedingungen sich je nach Entscheidung (wenn denn eine möglich ist) entwickeln können. Wenn ich fremde Sprachen schlecht lernen kann und vor mir scheinbar endlose Jahre der Einsamkeit, Abhängigkeit und Unsicherheit liegen, wähle ich vielleicht lieber ein überschaubarere Zeit im Knast...

Im dritten Teil des Textes kommt Urmel wieder auf diese allgemeinen Überlegungen zurück und schreibt einiges zum Thema "Würde", dem ich nichts hinzuzufügen habe.

2) Umfeld
Was das soziale bzw. politische Umfeld der Abgetauchten angeht, so finde ich es nicht verwunderlich, daß davon wenig zu hören ist.
Es ist scheinbar so, daß eine grundsätzliche Unsicherheit darüber besteht, welche Formen der Öffentlichkeit es innerhalb der Linksradikalen gibt, welches Detailinteresse es für was gibt und wer wem gegenüber eigentlich Rechenschaft schuldig ist. Umso unklarer ist das, wenn das "Umfeld" (wie Urmel auch selbst schreibt) eine ganz vielschichtige Menge von Leuten ist, die sich kaum kennen, geschweige denn mögen müssen. Sie haben unterschiedliche Interessen und Probleme und sollen plötzlich eine Identität als "das Umfeld" entwickeln. Wem gegenüber sollen sie sich erklären, und was sollen sie erklären? Wenn Urmel sagt, etwas werde nicht thematisiert, kann damit ja nur eine öffentliche Thematisierung gemeint sein, denn Urmel kann unmöglich wissen, was alle Betroffenen in ihrem eigenen Bezugskreis erleben.
Diejenigen, die ein Mitteilungsbedürfnis haben, sind meistens auch die, die tiefer in den ganzen Schlamassel verstrickt sind und von daher sehr auf ihre Worte achten müssen. Andere sind mit hineingezogen worden und wehren sich gegen diese Situation, wollen am liebsten gar nicht mehr darüber reden, schon gar nicht öffentlich.

Das Ergebnis kann dann durchaus eine Art öffentlicher Unsichtbarkeit der Mitbetroffenen sein. Manchmal ist es auch anders, es bildet sich eine Gruppe, die das "Umfeld" nach außen repräsentiert, ob nun zurecht oder zu Unrecht, aufgrund von Informationshierarchien oder zufälligen Entwicklungen, und die wohl meistens nach und nach in den einzelnen persönlichen oder politischen Konflikten aufgerieben wird...
Ich finde den Wunsch von Menschen aus dem "Umfeld" berechtigt, daß ihre Situation, ihr Streß, ihre Schwierigkeiten von anderen wahrgenommen und respektiert werden. Ich glaube, daß das normalerweise auch geschieht, nur eben nicht in Form öffentlicher Stellungnahmen, sondern praktisch und auf den jeweiligen Vertrauensebenen.
Meine Erfahrung im Fall KOMITEE ist, daß es, durch die Zwänge der Situation bedingt, viel praktische Beschäftigung mit der Situation gab, dagegen die persönliche Verarbeitung des Stresses und Verlustschmerzes oft zu kurz kam (was auch durch keine weitere öffentliche Thematisierung hätte ersetzt werden können).
Von mir selber kann ich sagen, daß ich das in Urmels Text anklingende Gefühl des "Alleingelassenwerdens" mit dem Streß nicht teile. Das ginge mir vielleicht anders, wenn ich immer noch - wie früher einmal - den Anspruch auf dem Buckel tragen würde, die linksradikale Szene solle mir ein Familienersatz sein, in dem individuelle Probleme einzelner Mitglieder automatisch zum Problem aller werden. Das kann nicht funktionieren.

3) Militanz
Die Ausführungen Urmels zu den notwendigen Überlegungen, wenn jemand militante Aktionen macht, empfinde ich als zweischneidige Sache. Denn sie sind einerseits vollkommen richtig: wer militant agiert, geht ein hohes Risiko ein, für sich selbst aus freiem Willen und für andere, die sich normalerweise nicht entscheiden können. Darum ist eigentlich neben rein organisatorischer Überlegung auch Klarheit im Kopf und ein hohes Maß an Verantwortungsgefühl und (Selbst-)Reflektion nötig.
Diese hohen Ansprüche tragen im übrigen, so sehe ich das, zu der hierarchischen Wahrnehmung der Militanz in linksradikalen Kreisen bei (die RAF sah das offenbar auch stets so und hat es den Leuten auch gern unter die Nase gerieben: Bei uns sind die Besten, und die Männer bei uns haben sogar das Patriarchat überwunden... - wer's glaubt...).
Aber ist es nicht andererseits so, daß Menschen unter den verschiedensten Lebensbedingungen zu militanten Aktionen kommen, längst nicht immer als Ergebnis einer klaren Lebensentscheidung? Die technische Vorbereitung ist die eine Seite, die Klarheit im Kopf die andere. Und wer nicht aufgrund kristallen klarer Überlegungen diesen Weg geht, wird vielleicht auch erst nach und nach die eigenen Brüche, Schwächen und Widersprüche bemerken.
Eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr ist die Isolierung der Militanz im eigenen Saft. In einer Zeit, wo militante Aktionen seltener werden und viele junge Linksradikale sie zwar gut finden, aber kaum praktische Erfahrungen damit sammeln können, kann leicht eine Tendenz der Militanten entstehen, sich abzukapseln (wie in den siebziger Jahren). In den eigenen, vertrauten Kreisen gibt es Nestwärme, müssen manche Diskussionen nicht noch einmal wiederholt werden, sind die Leute (vermeintlich) besser auf die möglichen Repressionsschläge vorbereitet. Das - notwendige - Hochhalten der Verantwortlichkeit und der Überlegung, was dem eigenen sozialen Umfeld zuzumuten ist, bestärkt solche Tendenzen.
Damit sollen die wie gesagt notwendigen Überlegungen vor der militanten Aktion nicht kleingeredet werden. Sie können nicht oft genug benannt werden. Ich bin überzeugt davon, daß die militanten Aktionen der radikalen Linken voll sind von Fehlern, Ungenauigkeiten und falschen (Selbst)-Einschätzungen der Beteiligten, so daß es ein wahres Wunder ist, wie gut die meisten zu klappen scheinen - vermutlich liegt es nur daran, daß auch die Arbeit der Repressionsorgane voll ist von Fehlern, Ungenauigkeiten und falschen Einschätzungen.



4) Vom 'Fall K.O.M.I.T.E.E.' zur Militanzdebatte
Urmel schlägt eine Brücke vom "Fall KOMITEE" in Berlin zur Militanzdiskussion, und das ist für mich der problematischste Teil des Textes. Ich lese dort teilweise genau jenen "eingeengten Blick", den Urmel eine Seite später anderen vorwirft, und will darum ausführlicher auf diesen Abschnitt eingehen.
Mein erster Gedanke war, daß hier Konflikte offengelegt werden, die erst mal unter den Betroffenen geklärt werden sollten, und daß es sicher Menschen gibt, denen diese Offenlegung nicht behagt - sei es aus persönliche oder aus anderen Gründen. Es wäre ja auch erst noch zu klären, ob diese Konflikte wirklich, wie Urmel schreibt, grundsätzlicher *politischer* Natur sind. Es bringt aber auch wenig, eine solche Aufarbeitung in Form öffentlicher Stellung- und Gegenstellungnahmen zu beginnen.
Wenn es Urmels Absicht war, reale Konflikte vom Sommer 1995 zu verallgemeinern und darauf aufbauend eine politische Analyse mit über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung zu entwickeln, so ist dies meiner Meinung nach nur in Ansätzen gelungen. Der Stil des Textes ist zwar objektivierend, aber der Inhalt befreit sich nicht von der eigenen Nähe und Verstricktheit in die konkrete Situation. Es wird eine ziemlich gradlinige Argumentationskette gelegt, die stark darauf beruht, daß bei mehreren möglichen Schlußfolgerungen/Gedanken stets nur einer weiterentwickelt wird.
Gleich zu Anfang wird gesagt, um wen es geht: Um diejenigen, die sich mit "derartigen Situationen auseinandergesetzt haben" haben (laut eigenem linksradikalen Anspruch) und diesen darum "einigermaßen gewachsen" sein sollten (also geht es z.B. nicht um zufällig hineingezogene ZeugInnen). Scheinbar ist das "Sich-Auseinandersetzen" und das "Gewachsen-sein" praktisch dasselbe. Was ist mit den Menschen, die trotz "Auseinandersetzung" (wo fängt die an, wo hört die auf?) der Situation nicht gewachsen sind? Mit denen, die ihrem eigenen

Anspruch zuwiderhandelten und sich nicht "auseinandersetzten"? Mit denen, die der Situation früher einmal gewachsen waren, aber heute nicht mehr? Mit denen, die Urmel zwar dem linksradikalen/autonomen Spektrum zurechnet, die sich da selbst aber gar nicht so sicher sind? Kurzum: Was taugt der von Urmel schematisch an den Anfang gestellte autonome Idealmensch für die Beurteilung der Wirklichkeit im April 1995? Meiner Meinung nach wenig.
Und noch etwas: Es wird auch nichts dazu gesagt, in welchem Maße sich überhaupt objektiv beurteilen läßt, ob jemand der Situation gewachsen war oder nicht. In einem bunt gemischten Umfeld, wo viele Leute wenig voneinander wußten und deswegen die einen taten, was ihnen logisch erschien, während ebendies anderen (mit anderem Wissensstand) überhaupt nicht einleuchtete, ist es wahrscheinlich, daß das damalige Verhalten mancher Leute manchen anderen bis heute rätselhaft ist und als ein "Der-Situation-nicht-gewachsen-sein" angesehen wird, weil sie die Hintergründe nicht kennen...
Schon in der Einleitung zu diesem Teil von Urmels Text wird somit als selbstverständlich dargestellt, was ich gar nicht so selbstverständlich finde. Es ist eine Vereinfachung und gleichzeitig das Festklopfen eines hohen Leistungs-Anspruches, womit eine der Grundlagen für die folgende Argumentation des Textes gelegt wird.

Urmel entwickelt eine gradlinige Gedankenfolge, die verkürzt etwa so aussieht: Viele von der Repression Betroffene seien der Situation 1995 nicht gewachsen gewesen, weil sie kein Verhältnis mehr zu praktischer Militanz hatten; die "Ernsthaftigkeit ihres sozialrevolutionären Engagements" sei darum letztlich fraglich. Urmel suggeriert, es habe "viele" Leute gegeben, die ihre eigene Unsicherheit und Distanz kompensiert hätten, indem sie Wut gegen die Gesuchten, die Gruppe KOMITEE oder auch andere Betroffene richteten. Und Urmel spricht ausdrücklich nur von Menschen aus dem linksradikalen bzw. autonomen Spektrum!
Die Schwäche dieser Argumentation liegt nicht darin, daß sie an sich aus der Luft gegriffen wäre: All das, was hier als weitgehend psychologischer Prozeß beschrieben wird, existiert. Wir kennen es vermutlich alle aus Diskussionen mit ehemals radikalen, inzwischen 'geläuterten' Menschen. Da ist zuerst das schlechte Gewissen gegenüber uneingestandenem Aufgeben von Positionen, das in die kritisierende Flucht nach vorne umgewandelt wird, und später dann die Abwehrhaltung, mit der die eigene Vergangenheit verdrängt werden soll. All das gibt es, und auch im Fall KOMITEE ist es gewiß vorgekommen.
Doch die verallgemeinernde und objektivierende Weise, in der dieses Erklärungsmuster allen und allem übergestülpt wird, was - vermeintlich - schlecht lief, schüttet das Kind mit dem Bade aus. Und Urmel spart hier nicht mit kräftigen Worten: "Unheimlich viel Aggression, Mißtrauen und Verständnislosigkeit untereinander", "Unmengen von Aggressionen mobilisiert", "Viel Wut auch auf die Gesuchten"...

Aus meinen Erinnerungen heraus kann ich sagen, daß ich wohl Aggression, Mißtrauen und Verständnislosigkeit untereinander erlebt habe damals - aber mir fallen dazu ganz andere Gründe ein. Nur in einem einzigen konkreten Fall würde ich Urmels Argumentation für zutreffend halten. Urmel mag andere und mehr solche Fälle kennen, dennoch bleibt Urmels Erklärungsversuch einer unter einigen, die alle ihre Berechtigung haben. Um ein paar Möglichkeiten zu nennen: Vielleicht trafen auch Menschen zusammen, die sich schon früher nicht grün waren. Vielleicht gab es Mißtrauen, weil allem Anschein nach ein paar Leute sehr grobe Fehler begangen hatten. Vielleicht reagierten Menschen anders als erwartet, weil sie Dinge wußten, die andere (auch Urmel) nicht wußten. Oder genau umgekehrt, weil sie Dinge nicht wußten, die andere (auch Urmel) für bekannt hielten. Vielleicht klappte die Kommunikation unter Menschen manchmal schlecht, was gerade unter dem Druck tatsächlicher oder auch nur eingebildeter Überwachung schnell passiert. Vielleicht wurden Menschen in schwierigen persönlichen Situationen erwischt. Vielleicht fingen manche sofort mit Verdrängungsarbeit an, weil sie es sonst nicht aushalten konnten. Vielleicht gab es Leute, die plötzlich überrascht merkten, daß 'sich auseinandersetzen mit' und 'praktisch drinstecken' zwei ganz verschiedene Paar Schuhe sind. Vielleicht gab es Menschen, die sich überschätzten. Vielleicht waren auch welche überlastet. All das kann zu Konflikten zwischen Menschen führen, ohne daß dabei jemand militanter Politik die Legitimation abspricht.

Ich finde es unangemessen, sich eine einzelne dieser möglichen Erklärungen rauszupicken und daraus zusammen mit dem eingangs erwähnten hohen Anspruch eine Art Beweisführung zu entwickeln, die am Ende dahin führt, am "sozialrevolutionären Engagement" derer zu zweifeln, die den Ansprüchen (angeblich) nicht genügten. Das ist genau die Art eingeschränkter Begrifflichkeit, die Urmel an anderer Stelle zurecht der 'Gruppe wider den Knick' vorwirft.
Der dahinterstehenden Problematik, wie militante Politik in der radikalen Linken wieder eine breitere Verankerung finden kann, wird eher ein Bärendienst erwiesen, wenn die ganz unterschiedlichen Gründe für Kritik, Distanz oder Streß innerhalb des Umfeldes so pauschal abgekanzelt werden. Vielleicht war eine Aussage in dieser Schärfe von Urmel nicht beabsichtigt, aber die beschriebene Darstellung, in der in jedem Absatz Differenzierung verlorengeht, führt letztlich konsequent da hin. Wenn allen, die auf Repressions-Situationen nicht angemessen-verantwortlich reagieren, die Ernsthaftigkeit ihres Engagements angezweifelt würde, blieben wohl nicht mehr viele ernsthafte KämpferInnen ohne Makel übrig - nicht nur im Fall 'KOMITEE', sondern auch in den anderen Repressionsstürmen der letzten Jahre, seien es die spektakulären Fälle 'Kaindl' oder 'Radikal' oder auch die vielen unauffälligen kleineren Verfahren, die zum Alltag der Repression gehören.

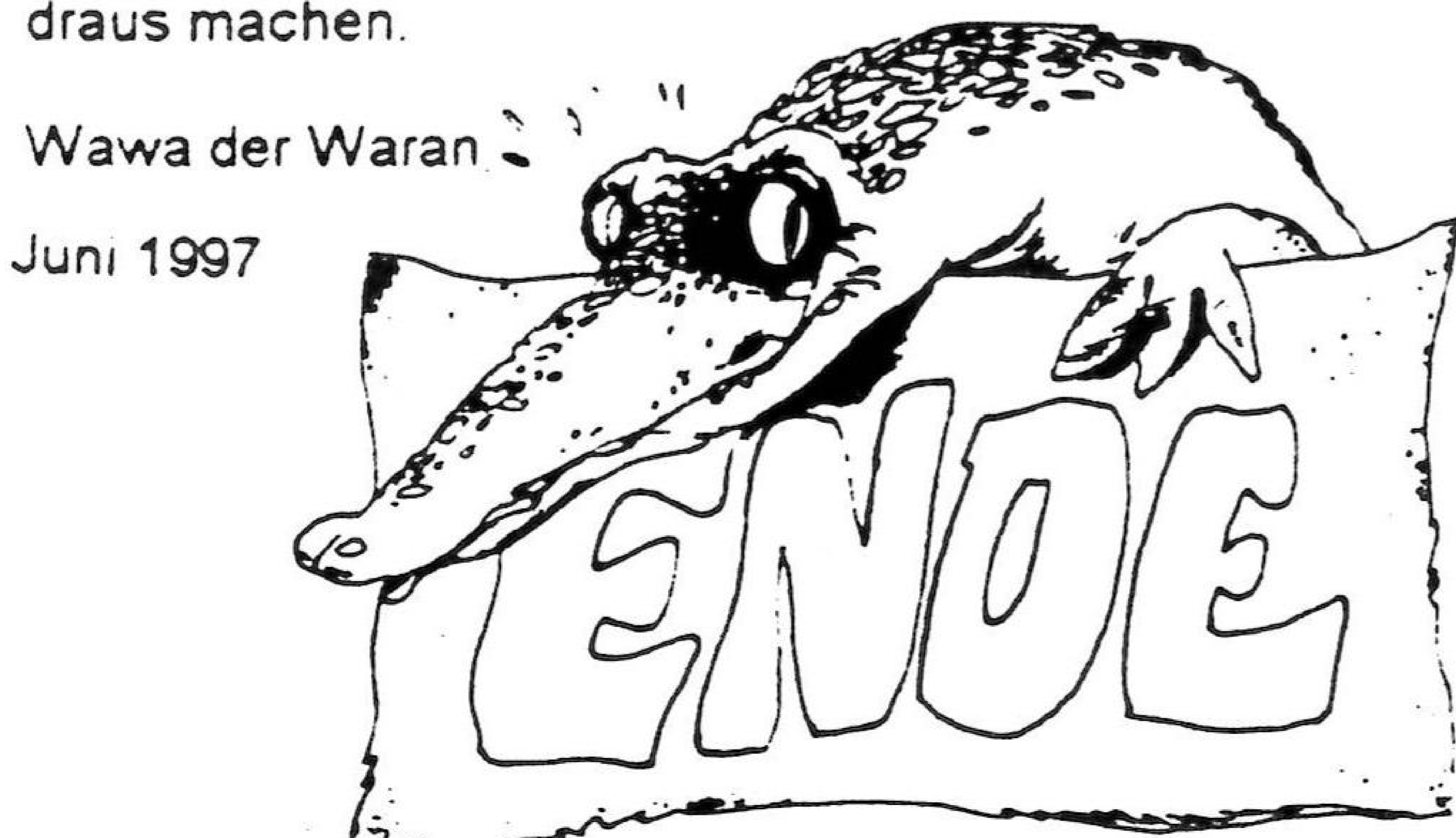
"Viel Wut auf die Gesuchten" (Urmel) habe ich übrigens überhaupt nicht erlebt. Im Gegenteil, ich habe viel Solidarität gespürt. Was ich aber auch mitbekommen habe, war eine gewisse Teilnahmslosigkeit bei vielen Szene-Leuten, als gehe sie das alles nicht so viel an. Wo ich mit Menschen darüber gesprochen habe, bekam ich meist zu hören: sie würden ja etwas tun, wenn klarer gemacht würde, was jetzt angesagt ist und was nicht. Es war also eher Hilflosigkeit, die sich durch klare Vorgaben auch ändern ließ. Und vorgeben konnten natürlich nur diejenigen, die wußten, was die Interessen der unmittelbar Betroffenen waren. Dazu gab es lange Zeit wenig Klarheit, wofür alle aus dem Umfeld und auch die Betroffenen selbst ihren Anteil an Verantwortung zu tragen haben.

Die Kritik, die es 1995 an der Gruppe KOMITEE gab, fand und finde ich überwiegend solidarisch und, wo nicht, so doch zumindest überlegt. Ich hätte mir vom KOMITEE *noch* einiges mehr an Selbstkritik vorstellen können. Eine kritische Reflektion ihres politischen Projektes gab es nur in Ansätzen, und letztlich überwog in ihrer Auflösungserklärung eine Stimmung von 'wir haben Fehler gemacht und verantworten uns dafür, aber eigentlich war alles im Prinzip richtig' (die Justiz denunziert vielleicht auch deswegen die erklärte Auflösung der Gruppe als angebliches Täuschungsmanöver). Ich selbst lasse mich gerne nach der Ernsthaftigkeit meines sozialrevolutionären Engagements fragen und bin dennoch der Meinung, daß das vom KOMITEE entwickelte Konzept nicht durchdacht war und letztlich eine unreflektierte Wiederholung dessen war, was Gruppen wie die RZ und lokale Ansätze wie in Berlin die 'Revolutionären Viren' Ende der 80er Jahre bereits selbstkritisch hinterfragt hatten: Militante Kleingruppen sind nicht Guerilla, sie können nicht politische Orientierung der radikalen Linken sein. Sie können deren Kämpfe begleiten, aber nicht anleiern oder gar ersetzen. Die Demonstration, daß militante Aktionen möglich sind, hat keine politische Qualität aus sich heraus, sondern ist auf ein Umfeld von Menschen angewiesen, die dies politisch verarbeiten.
Bei der KOMITEE-Erklärung (wie auch früher schon bei Erklärungen militanter Gruppen, v.a. aus dem antiimperialistischen Spektrum) habe ich den Eindruck, daß die wortreich erläuterte politische Idee des Projektes einerseits und der eine Satz zu dem moralischen Motiv, sich nicht abfinden zu wollen mit den herrschenden Verhältnissen, andererseits, die wirkliche Gewichtung der Motive für das Projekt etwas verzerren. Die ganze linksradikale autonome Politik ist vom moralischen Motiv durchzogen, und in seiner Übersetzung in die Worte 'revolutionäre Ungeduld' macht es auch die Trennlinie zur traditionellen kommunistischen Politik deutlich sichtbar, welche das Zügeln, Kanalisieren und notfalls Unterdrücken ebendieser Ungeduld bedeutet. Aber während wir in unseren Sturm- und Drangjahren, als wir uns radikalisierten, dieses starke moralische Motiv ganz in Ordnung fanden, kam später die realpolitischere Überbauung mit Projekten und Strategien. Die militante linksradikale Politik hat jedoch bisher weniger als andere politische Kampffelder Projekte und Strategien entwickelt, sie blieb und bleibt stark moralisch besetzt, sozusagen der rächende 'Batman' der Autonomen, die schroffe Insel im Meer der Anpassung und Kleinlichkeit. Alle Versuche, militante Strategien zu entwerfen, endeten damit, daß die einzelnen Gruppen sich von den aktuellen Bedürfnissen ihres jeweiligen Mikrokosmos führen ließen, ob 'RAF' oder 'Guerilla diffusa'. Oder? Damit will ich nicht sagen, daß das an sich schon schlecht sei - es zeigt lediglich an, in welchem Verhältnis die militanten Gruppen zur linksradikalen Politik im allgemeinen stehen: eben nicht in einem orientierenden, sondern eher in einem kommentierenden.

Urmel wirft die Frage auf, wie im konkreten Fall von Linksradikalen mit der politischen Verantwortlichkeit und dem Verhältnis zu Militanz umgegangen wird. Ich teile nicht die Erwartung, daß alle Linksradikalen willens und in der Lage sein müßten, mit heftiger Repression umzugehen. Dazu kennen ich diese Szene viel zu lange und bin pragmatischer geworden. Wenn wir diesen Anspruch wie ein Banner vor uns hertragen, werden wir zwangsläufig auf die Nase fallen; vergleichbar ist das Spannungsverhältnis zwischen 'Anna und Artur halten's Maul' und die Realität dauernder Aussagen von Linksradikalen bei Bullen/Justiz...
Eine linksradikale Szene, die sich ihrer Verletzlichkeit bewußt ist und darüber diskutiert, wie damit umzugehen ist, ist letztlich stärker als eine Szene, die versucht, sich durch das Errichten von 'Dämmen' bzw. Tabus zu schützen und dann umso entsetzter und überraschter ihre tatsächliche Verletzbarkeit praktisch erlebt.
Nicht zuletzt aus den hoch gesteckten Erwartungen entstehen schnell Mißtrauen und Enttäuschung, und daraus wiederum Geringschätzung und Ungenauigkeit. Urmel benennt das Mißtrauen, scheint sich aber nicht bewußt zu sein, daß zumindest der mittlere Teil seines/ihres Textes davon dominiert ist. Und vielleicht wird auch mir vorgeworfen werden, ich begegnete Urmels Text mit Mißtrauen... jedenfalls spreche ich mich selbst keinesfalls frei von dem Druck des hohen Anspruches, der so oft spaltet anstatt zu vereinen.
Die dabei entstehenden Risse werden natürlich von den Sicherheitsbehörden ausgenützt, ebenso wie die Tatsache, daß viele Betroffene trotz all der Texte über das Ausmaß der Repression im Lande kaum praktische Erfahrung damit haben und darum zuallererst empört und mit Paranoia reagieren.
Militante linksradikale Praxis wird vorläufig das 'Privatvergnügen' einer weniger Menschen bleiben, und ringsherum werden viele sein, die den möglichen Konsequenzen nicht oder schlecht gewachsen sind. Aber war das jemals anders? Wir müssen das Beste draus machen.

Wawa der Waran

Juni 1997



ZUM UMGANG MIT DER VERGEWALTIGUNG IN DER ANTI-ATOM SZENE

(Kommentar zur Trebeler Presseerklärung)

In Gorleben wurde während der Castor-Proteste eine Frau vergewaltigt.
Kurze Zeit danach tötet sie sich.
Die Anti-Atom Szene ist betroffen, äußert sich zu Herrschaftsverhältnissen im allgemeinen und sexualisierter Gewalt gegen Frauen im besonderen und fordert, dass insbesondere auch die Männer der eigenen Szene sich damit auseinandersetzen müssen.
So die offizielle Version.

Intern kursieren da noch andere Aussagen.
Ein Mann behauptet, es könne keiner von "uns" gewesen sein.
Eine Frau erwähnt, die Vergewaltigte sei betrunken gewesen.
Eine andere Frau sagt, die Vergewaltigte hatte ihr erzählt, sie hätte vorgehabt, sich zu prostituieren.
Es wird berichtet, die Frau hätte sich an das FrauenLesbenCamp gewendet und die Frauen dort waren nicht bereit, mit ihr zu reden, weil sie ohnen den Mann, der mit ihr gekommen war, nicht in das Camp gehen wollte.
Eine sagt, die Frau muß noch andere Probleme gehabt haben, denn eine Vergewaltigung könne einen Selbstmord auslösen, sei jedoch keine alleinige Ursache

Jede dieser Einzelaussagen läßt ein neues Bild von der Situation entstehen.

Eine Castor-Gegnerin wird in einer dunklen Ecke überfallen und vergewaltigt
oder
eine Betrunkene baggert einen Mann an und findet nicht mehr rechtzeitig den Ausstieg aus der Situation
oder
Eine Prostituierte wird von einem Kunden betrogen und schreit Vergewaltigung
oder
einer Frau mit massiven psychischen Störungen hat die Vergewaltigung die letzten Überlebenskräfte geraubt.

Je nach dem, wer was gehört hat oder wie diese Frau wahrgenommen wurde entstehen andere Bilder darüber, was geschehen ist.

Deutlich macht dies, daß niemand, weder Männer noch Frauen, wirklich wissen, was geschehen ist. Die betreffende Frau ist tot und kann keine Antwort mehr geben. Ebenfalls ist deutlich, daß in dem Moment, als die Frau ihre Situation anderen erzählen wollte und um Hilfe bat, ihr weder Männer noch Frauen wirklich zugehört haben und zur Seite standen, mit Ausnahme des Mannes, der sie zum FrauenLesben-Camp begleitet hat.

Aus den Kommentaren von Menschen, die dieser Frau begegnet sind schließen wir, dass sie keine Sympathieträgerin war, d.h. niemand fühlte sich mit ihr freundschaftlich verbunden oder verantwortlich dafür daß sie Hilfe bekommt.
Statt dessen wurde diese Frau und das spezielle Frauenbild, das sie vermittelte, abgewehrt.

Im Nachhinein wird eine Diskussion geführt, die an die Anfänge der feministischen Bewegung erinnert und die u.a. schon 1982 von Helke Sander (Aufsatz: Über die Beziehung zwischen Liebesbeziehungen und Mittelstreckenraketen in "Nicht friedlich und nicht still, Streitstriften von Frauen zu Krieg und Gewalt, Frauenbuchverlag, München 1982) kritisiert wird.

Anstatt daß der konkrete Fall betrachtet wird, wird er zum Anlaß für eine immer mehr ins allgemeine abgleitende Diskussion genommen, die wiederum in einem allgemeinen Statement endet, daß mit dem Vorgekommenen nur noch auf der Meta-Ebene zu tun hat. Diese Flucht ins allgemeine Politisieren verschleiert die Brisanz jeder einzelnen Vergewaltigung.

In Gorleben ist etwas geschehen, daß unser Selbstbild, das Selbstbild von Frauen wie Männern, das Selbstbild des Widerstandes angreift.
Trotz besseren Wissens bilden wir uns ein, im Castor-Widerstand die "besseren Menschen" zu finden und deshalb selbst "bessere Menschen" zu sein.

Während des organisierten Widerstandes geraten wir oft in ein "inneres Widerstandsghetto", in dem u.a. gilt.

"Echte" Castor-GegnerInnen vergewaltigen nicht.
"Echte" CastorgegnerInnen sind nicht betrunken
"Echte" CastorgegnerInnen prostituieren sich nicht.
"Echte" CastorgegnerInnen sind nie psychisch krank.
"Echte" CastorgegnerInnen können mit allen Porblemen umgehen
"Echte" CastorgegnerInnen denken, reden und handeln immer p.c.

Gefährlich ist daran, daß alle, die diesem und anderen Bildern, die wir im Kopf haben, nicht entsprechen, automatisch als nicht zu uns gehörig empfunden werden und demnach in der konkreten Widerstandssituation ausgegrenzt werden.
Die zur Zeit laufende Diskussion ist eine Konsequenz aus diesen Bildern und setzt eine Kette von Abwehrmechanismen in Gang:

Bei den Männer löst die Diskussion entweder Abwehr oder Selbstanklage aus.
Sie befinden sich im Spannungsfeld zwischen den Behauptungen, ein Castor-Gegner könne kein Vergewaltiger sein und alle Männer sind Vergewaltiger.
Bei Männern, die sich der Diskussion nicht entziehen wollen, da sie die Zusammenhänge zwischen politischen Herrschaftsstrukturen und sexualisierter Gewalt gegen Frauen sehen, löst dies schon fast reflexhaft die Forderung nach "angehen dagegen" aus.
Bei den Frauen entsteht die Angst, den "geschützen politischen Rahmen" zu verlieren. Sie entschließen sich zur Abkehr von der Zusammenarbeit mit Männern, zum direkten Kampf gegen Männergewalt in den Gruppen oder zum Ausstieg aus ihren bisherigen Zusammenhängen.

Als Ergebnis werden allgemeine Erklärungen verbreitet, in denen die eigene Betroffenheit geäußert wird, die Forderung, patriarchale Strukturen zu bekämpfen, an die Öffentlichkeit gestellt wird. Von Männern wird insbesondere gefordert, gegen ihren eigenen Sexismus anzugehen.
Dabei wird übersehen, daß Gewalt und Herrschaftsstrukturen meist subtiler wirken, als es sich durch Staatsmacht oder Vergewaltigung zeigt.

Jede Herrschaftsstruktur bringt immer Menschen hervor, die Herrschaftsstrukturen internalisiert haben und von denen sie sich befreien müssen.
Diese internalisierten Herrschaftsstrukturen bestehen auch im Castor-Widerstand.

Herrschaft wird oft mit Macht gleichgesetzt.

Macht ist nicht nur direkte Macht, d.h. wer wen zwingen kann, etwas zu tun oder zu unterlassen, sondern auch Definitionsmacht, d.h. wer bestimmt, wie jemand andere oder etwas zu sehen und zu bewerten hat.

Die mit Gewalt gezeigte Macht eines Mannes gegen eine Frau ist eine Ungeheuerlichkeit.
Die im Wendland ausgeübte Definitionsmacht darüber, wie ein Mensch zu sein hat, und was er/sie tun oder lassen darf, damit er/sie damit rechnen kann, daß sich andere in einer Notlage um sie/ihn kümmern, ist jedoch eine Fortsetzung dieser Ungeheuerlichkeit.

Der krampfhafte Versuch, konkrete Fakten zu verschweigen, eine eindeutige Aufklärung zu behindern und die öffentliche Disskussion zu blockieren, da sie ja dem "Image des Widerstandes schaden könnte" und statt dessen allgemeine Erklärungen zu Sexismus, Patriarchat und Gewaltstrukturen in den Vordergrund zu stellen, ist für uns die sich selbst ständig neu reproduzierende Abwehr eigener Verantwortlichkeit, die die eigene Wut und Hilflosigkeit mit Schuldzuweisungen zementiert.

Anstatt in Schuldzuweisungen zu ersticken sind wir gefordert, anhand dieser konkreten Vergewaltigung zu erkennen, wo die Überforderung der an der Situation Beteiligten lag und Vorsorge zu treffen, daß in anderen Fällen effektive Hilfe geleistet werden kann.

Dies setzt zum einen voraus, daß sich alle bewußt machen, wo ihre Kompetenzen enden. Unabdingbar ist zum anderen das Bewußtsein dafür, daß jede und jeder, gleich wie sie aussehen, sich verhalten und sprechen, in einer Notlage das Recht haben, angehört zu werden. Ebenfalls haben alle die Verantwortung zu überlegen, wer in einem speziellen Fall Hilfe leisten kann und die betroffenen Menschen dorthin zu begleiten.

Wir kommen bei großen Aktionen nicht mehr darum herum eine Art "psycho-sozialen Notdienst" zu errichten, zum einen, damit für solche Situationen kompetente Hilfe vorhanden ist, zum anderen um uns selbst davor zu schützen, aufgrund von Überforderung Menschen mit massiven Problemen abzuwehren.

Autonome Anarchafeministinnen / GDA

Widerstandscamp in Ahaus vom 1.-3. August '97

Mit Wut und Witz gegen den atomaren Wahnsinn

In Gorleben ist Ruhe eingekehrt, das Schreckgespenst CASTOR ist ausgewandert ...
In Ahaus soll es nun seinen nächsten Auftritt haben - nach dem Willen der Atommafia.
Nachdem CASTOR-Transporte ins Wendland nicht mehr durchzusetzen sind, versucht die Atommafia nun ihr Glück im angeblich wenig widerständlerischen Münsterland. Aber PolitikerInnen und AKW-Betreiber haben sich getäuscht! Der CASTOR kommt nicht durch, nicht im Wendland, nicht in Ahaus, nicht in Greifswald und auch sonst nirgendwo! Wir sind vorher da. Mit unserem Camp werden wir der Atomindustrie weitere Stolpersteine des Widerstandes in den Weg legen.

Während des Camps wollen wir mehrere Wanderungen unternehmen, um die landschaftliche Schönheit des Münsterlandes mit seinen ortsspezifischen Besonderheiten, speziell das Brennelement-Zwischenlager mit seinem eigenen Gleisanschluß zu erkunden. Wir werden ausprobieren, wie lustig und effektiv Widerstand mit vielen Leuten sein kann, denn der nächste CASTOR ist nah. Außerdem gibt es Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Widerstandes gegen den nächsten CASTOR, zu den Atomanlagen der Region, diverse Workshops, und was Ihr sonst so vorbereitet.

Zum Stand der Dinge in Ahaus: Die BetreiberInnen des AKW Neckarwestheim wollen im Herbst ihren Atommüll in Ahaus abladen. Außerdem soll das Atommüll-Lager erweitert werden: geplant ist eine Halle für schwach- und mittelradioaktiven Müll, die doppelt so groß wie die bestehende Halle werden soll, und eine Konditionierungsanlage (Atommüll- Verpackung). Außerdem soll die Kapazität der bestehenden CASTOR-Halle von 1700 auf 4200 Tonnen erhöht werden. Als Entsorgungsnachweis für laufende Atomkraftwerke hat Ahaus damit eine Schlüsselposition in der Atomindustrie.

Der CASTOR fährt nur, wenn wir es nicht verhindern. Wir verlassen uns weder auf Parlamente noch auf Regierungen - egal, ob sie sich schwarz, rot, grün oder kleinkariert nennen. Lassen wir uns nicht spalten! Seien wir wild und unberechenbar, und das immer und überall!

Das Camp findet auf einer Wiese gegenüber des Atommüll-Lagers statt. Auf dem Camp gibt es einen Frauenbereich.
Weitere Infos gibt's bei der **WigA (Widerstand gegen Atomanlagen)**: Do. ab 20 Uhr im Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Tel. 0251-52 11 12, Fax. 53 15 59

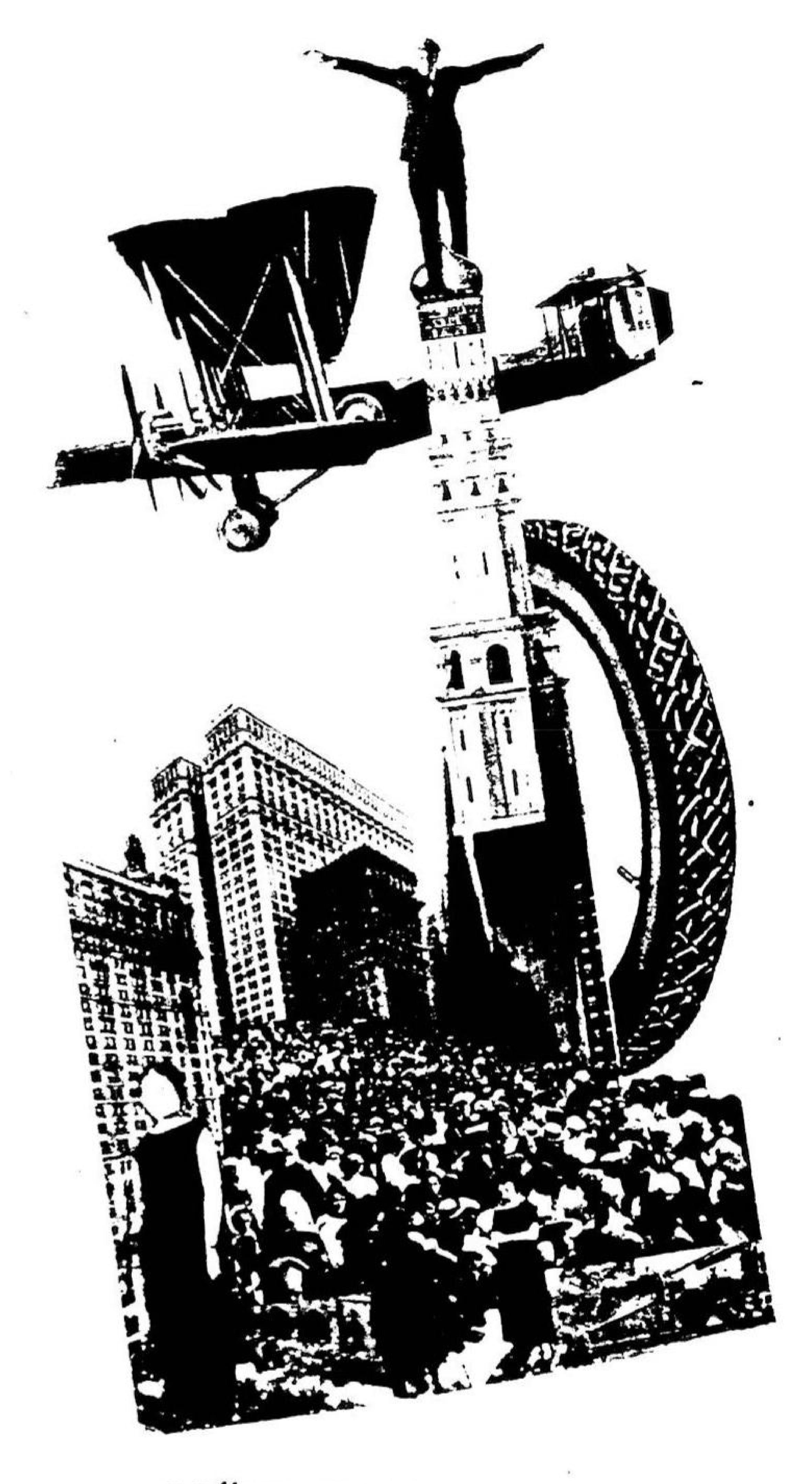
Fr. 1.8.
ab 16 Uhr Ankunft
abends gemeinsames Essen
und Plenum
DIE ERSTE NACHT

Sa. 2.8.
ab 8 Uhr Frühstück
ab 11 Uhr Arbeitsgruppen
ab 17 Uhr Zeit, in der Ihr tun und lassen könnt, was Ihr politisch wollt
ab 20 Uhr gemeinsames Abendessen und Plenum
DIE ZWEITE NACHT

So. 3.8.
ab 8 Uhr Frühstück
ab 11 Uhr Plenum
anschließend Arbeitsgruppen
und Fazit
ab 16 Uhr Abreise

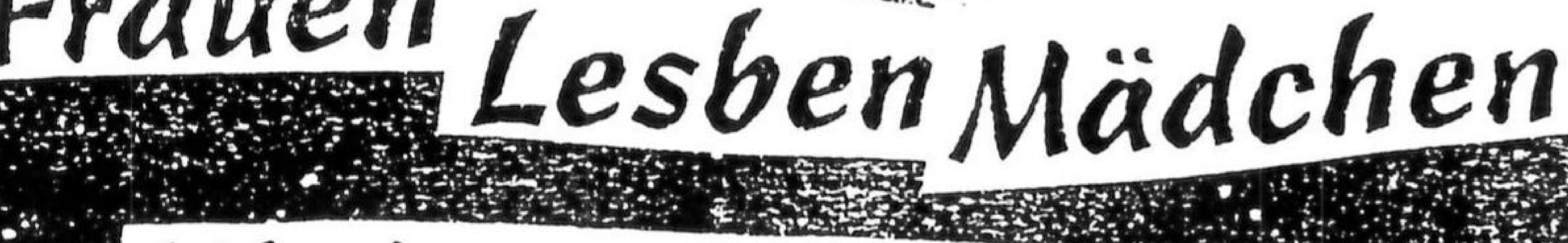


V.i.S.d.P. A. Müller, Ahauser Str. 99, 48132 Münster



GRÖSSENWAHN
Kinzigstr. 9 HH
10247 Berlin

Programm
"Das Schweigen brechen"
Ein Radio für die MRTA!
Internationlistischer
Kinoabend mit:
-Licht am Ende des Tunnels"
-Peru in den 90 ern
"Der unsichtbare Aufstand"
- Urugua in den 70ern (Spielf
danach:
Cocktail-Soli-Saufen



Frauen Lesben Mädchen Widerstandscamp 15. Juli- 9. September '97 bei Meuchefitz im Wendland

Wir, die FrauenLesben, die das Camp '97 vorbereiten, wollen euch hiermit ganz herzlich zum Camp '97 einladen und schon mal willkommen heißen! Die Wiese, auf der das Camp dieses Jahr stattfindet liegt geschützt und ist umgeben von Bäumen, Kuh- und Pferdeweiden und einem kleinen Bach. Ein Badesee ist auch in der Nähe.

Was ist Widerstand für uns?

Einer Gesellschaft, in der Sexismus, Rassismus und sonstige HERRschaftsstrukturen zum alltäglichen Normalzustand gehören, wollen wir etwas entgegensetzen.

Respektvoller Umgang, Toleranz und Solidarität sind die Basis, die ein Miteinander Leben ermöglichen.

Widerstand heißt für uns auch hinzuschauen und in unterdrückendes Verhalten einzugreifen. FrauenLesben-Widerstand bedeutet sowohl innere Strukturen zu hinterfragen, als auch aktiv die äußere Norm anzugreifen.

„FrauenLesben als sozialrevolutionäre Kraft bekämpfen das Patriarchat als ganzheitliches Resultat aus Unterdrückung, Ausgrenzung und Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur."

Widerstand lebbar machen

Viele FrauenLesben leben aufgrund äußerer Umstände im Zwiespalt zwischen Utopie und Realität. Das Camp soll allen FrauenLesben die Möglichkeit geben, das zu leben, was ihr Anspruch ist, solange sie die Freiheit der anderen nicht einschränkt. Hier gibt es Raum für innere und äußere Veränderung, Selbsterfahrung und Auseinandersetzung mit anderen. Es ist Zeit, eigenes Verhalten und Standpunkte zu hinterfragen und linksradikales Leben und Handeln zu ermöglichen.

Grundlagen für das Zusammenleben auf dem Camp sind der Abbau von Hierarchien untereinander und Raum für Kritik aneinander, sowie Respekt gegenüber FrauenLesben, die nicht zur hiesigen Dominanzkultur gehören.

Respektvolles Verhalten heißt auch, FrauenLesben mit ihren besonderen Erfahrungen und Geschichten wahrzunehmen, ernstzunehmen und solidarisch zu handeln. Jede Mehrheits-FrauLesbe sollte sich ihrer Macht und Vorurteile gegenüber gesellschaftlich ausgegrenzter FrauenLesben bewußt werden

Hoch die Solidarität

Da einige FrauenLesben wesentlich weniger Möglichkeiten haben, an Geld zu kommen als andere, soll selbstverständlich sein, sie finanziell mitzutragen. Praktische Solidarität meint auch, FrauenLesben nicht nach Leistung zu messen. In dieser Gesellschaft werden viele Hierarchien auf Leistung (Funktionieren) aufgebaut. Um KrüppelFrauenLesben das Dasein auf dem Camp zu ermöglichen, ist es notwendig, daß RolliFrauenLesben, gehörlose und blinde FrauenLesben kein Problem haben, sich dort allein zurechtzufinden. Das sind Aufgaben, die von allen mitgetragen werden sollen.

Auch in diesem Jahr ist das Camp wieder selbstorganisiert. Das heißt, was das Camp ausmacht, liegt an jeder einzelnen, die kommt. Notwendige Arbeiten werden von allen nach ihren Möglichkeiten mitgetragen. Anstehende Entscheidungen werden von allen FrauenLesben, die auf dem Camp sind, in Plena getroffen. Dieses Jahr haben verschiedene Gruppen für einige Wochen Schwerpunktthemen vorbereitet, zu denen an den Vormittagen gearbeitet werden kann.

Die Termine

15.- 25. Juli:
Aufbauwoche

26./27. Juli:
Willkommensfest & VeranstaltungenzuCampgeschichte

28. Juli-10. Aug:
Wochenzu deutscher NS-Geschichte und Kontinuität

11.- 15 August:
Schreiberinnenwerkstatt

24 August:
FrauenLesben demo und Spektakel am Zwischenlager

18.- 31. Aug:
Internationale Wochenzu Osteuropa

1.- 7. September
Abbauwoche

Kontakt:
Jo. Tel.:0421/535559,
U Tel.:0211/7260774
a, Fax 0421/ 3967439,

Finanzen:

Campbeitrag 7.- 10 DM pro Tag. Das ist so bemessen, daß FrauenLesben, die kein oder wenig Geld haben, oder es schwer haben, in der BRD an Jobs zu kommen, wenig oder nix zahlen können. Darlehen oder Spenden zur Vorfinanzierung sind gern gesehen: Solifeten organisieren und sonstige Geldquellen bitte ausschöpfen!

BLZ 24050101 , Sparkasse Bremen
Kontonr: 10300 550

Drogen:

Viele FrauenLesben fühlen sich stark in ihrem Freiraum beeinträchtigt, wenn sie andere ihre Sucht ausleben sehen (speziell, wenn sie damit eine Geschichte haben). Deshalb ist es als Schutz für diese FrauenLesben notwendig, daß **alle öffentlichen Räume** auf dem Camp **drogenfrei**

FrauenLesben mit Kindern sind herzlich eingeladen. Jungen bis 7 Jahre. Es gibt ein Mädchenzelt und viel Wiese, Matsch und Wald zum spielen!

Hunde

sollen nicht mit auf das Camp gebracht werden.

Wegbeschreibung:

Mit der Bahn bis Uelzen. Busverbindung: Bus 1948 Uelzen- Lüchow bis Köhlen. Fahrtzeit ca. 75 Min., von da trampe Richtung Küsten bis Meuchefitz oder Bus 1949 Uelzen- Lüchow bis Küsten, Fahrzeit 4 Min., von da trampen über Naulitz nach Meuchefitz. Ab dort ist der Weg gekennzeichnet.
Für Autofahrerinnen: Es gibt keine Parkplätze direkt beim Camp!

Übersetzungen:

Der Aufruf ist übersetzt in englisch, türkisch, russisch, polnisch und spanisch und auf dt. Auf Kasette gesprochen. Bitte an potentiell interessierte weitersagen. Bestellung über FrauenLesben- Laden Mafalda, Kreuzstr. 29, 28203 Bremen, Tel.0421 702781

AUFRUF ZUM ZWEITEN INTERKONTINENTALEN TREFFEN FÜR DIE MENSCHHEIT UND GEGEN DEN NEOLIBERALISMUS (25. Juli -3. August 1997)



In Mexiko hat die bewaffnete Erhebung der in der EZLN organisierten indigenen Gemeinschaften seit Januar 1994 eine Tür für eine andere Zukunftsperspektive geöffnet als die, die drohend über dem Planeten und seinen Bewohnern schwebt. Innerhalb eines bereits drei Jahre andauerten phantasievollen Kampfs haben die Zapatistas die Völker der Welt aufgerufen, sie und sich zu treffen und Alternativen zu dem zum System gewordenen Neoliberalismus zu suchen. Diese Initiativen sind stets darauf ausgerichtet, alle Menschen – und im besonderen die Marginalisierten – einzubeziehen und sie auf verschiedene Weisen außerhalb des bestehenden institutionellen und politischen Rahmens zum gemeinsamen Austausch von Erfahrungen, Hoffnungen und Sehnsüchten einzuladen.
In diesem Sinne riefen die Zapatistas zum Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus auf, das trotz aller Hetze und der massiven militärischen Besetzung des chiapanekischen Territoriums in fünf zapatistischen Gemeinschaften in Chiapas stattfand. Mehr als dreitausend Personen aus 43 Ländern der fünf Kontinente hatten in einem nie dagewesenen Akt der Solidarität die Gelegenheit, sich kennenzulernen, gemeinsam nachzudenken und sich zu äußern. Außerdem sollte versucht werden, durch die von den Zapatistas geöffnete Tür zu schreiten und auf die andere Seite des Spiegels zu gelangen, wo wir alle gleich sein können, weil wir verschieden sind. Wo es nicht nur eine Lebensweise geben muß. Wo sich die Zurückweisung des bestehenden Systems mit dem Wunsch verbindet, eine Welt zu schaffen, in der viele Welten Platz haben: das ist die Menschheit, von der wir sprechen.

INHALTE

Die etwas weiter eingerückten Themen beziehen sich auf die Betrachtungen aus frauenspezifischer Sicht, die bei den jeweiligen Themenblock mit berücksichtigt werden sollen.

I. Die neoliberale Wirtschaft gegen die Menschheit. Unsere Leben jenseits der Ökonomie.
Kämpfe gegen den Neoliberalismus in ihren konkreten Ausdrucksformen in der Arbeitswelt, in der Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen. Fragen nach dem Begriff der Arbeit. Alle Kämpfe und Bewegungen für alternative Ökonomien und andere Lebensformen.

II. Unsere Welten und die Welt der Macht
Kämpfe und Erfahrungen gegen die perversen Auswirkungen der weltweiten Uniformierung der Beziehungen (nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen, institutionellen etc.) durch den Neoliberalismus wehren. Als Gegenpol dazu: die Verteidigung und Ausdehnungen unserer Werte der Solidarität und der brüder- und schwesterlichen Kooperation zwischen den Völkern und Kämpfen des Planeten.

III. Die Kämpfe um Kultur, Erziehung und Information
Die Kämpfe gegen die Desintegrationselemente der „globalen" Kultur, gegen die Erziehung als Element der Domestizierung und Entfremdung. Die Widerstände gegen die Diskriminierung beim Zugang zur Information, gegen die antidemokratische Kontrolle der Erzeugung und Zirkulation der Kommunikation.

IV. Der Kampf gegen das Patriarchat
Es wird einen Tisch nur für Frauen geben und einen gemischten Tisch. Der Vorschlag der thematischen Aufteilung des Tisches gegen das Patriarchat lautet wir folgt:



Der Neoliberalismus als Ausdruck des Patriarchats
– Arbeitsbegriff und geschlechtliche Arbeitsteilung, ungarantierte Arbeitsverhältnisse, Schattenwirtschaft
– Feminisierung der Armut
– Bevölkerungspolitik
– Vernichtung der Subsistenzwirtschaft
– Migration
– Der „freie Markt" und seine Konsequenzen für die Frauen (NAFTA, Maastricht, etc.)
– Die zunehmende Gewalt gegen Frauen und Kinder durch die Verschlechterung der allgem. Lebensbedingungen (Aggressionen, Vergewaltigungen, etc.).
– Vergewaltigung als Waffe des Krieges

Die Konstruktion von weiblichen und männlichen Identitäten
– Ist die Frau der „Natur" näher und der Mann der „Zivilisation"? Die Naturalisierung der Frau und die Beherrschung der „Natur" durch den Mann
– Konstruktion von Identitäten (Rollen, Erziehung ...)
– Sexismus (Aggressionen, Diskriminationen, Sprache ...)
– Rassismus, Nationalismus, Ethnisierung
– Was verstehen wir unter Sexualität?
– Geschlechterbeziehungen

Gesundheit
– Was verstehen wir unter Gesundheit und was unter „Krankheit"? Das Konzept der Gesundheit.
– Medikamentalisation des Lebens und der Verlust der Kenntnisse alter Behandlungsmethoden (traditionelle und alternative Medizin, Hebammen, Hexen und Heilerinnen ...).
– Der Frauenkörper in der patriarchalen Medizin: Krankheit, Sünde, Abneigung, Schande?
– Selbstverwaltung der gesundheitlichen Versorgung, Selbstwertsetzung, Sexualität.
– Das Konzept der „Behinderung".
– Mutterschaft und die neuen Reproduktionstechnologien.

Strategien, Kämpfe, Netze
– Widerstandsbewegungen, Rebellionen und Kämpfe von Frauen. Ihre Erfahrungen und Forderungen.
– Kämpfe für das Entscheidungsrecht der Frauen über Empfängnis und Abtreibung.
– Unabhängige kollektive Organisationsformen von Frauen.
– Erfahrungen über die Aneignung des Lebensnotwendigen (Land, Häuser, Nahrungsmittel ...).
– Erfahrungen von Selbstorganisation der Reproduktionsarbeit außerhalb der „Klein"familie (selbstorganisierte Küchen, Betreuung von Kindern, Kranken und Alten ...).
– Initiativen und Kämpfe von „Behinderten".
– Frauenselbstverteidigungsgruppen gegen männliche Gewalt.
– Organisationsformen gegen die Herrschaft der Multinationalen über Nahrungsmittel, Samen etc. und Biotechnologie.
– Kämpfe und Organisationsformen gegen die Bevölkerungspolitik (Netze, Deklaration von Comilla, FINRRAGE ...)
– Antirassistische und antisexistische Kämpfe
– Kämpfe gegen die Zwangsheterosexualität (Lesben, Schwule etc.)
– Kampf der Prostituierten für ihre Rechte und gegen Kriminalisierung, polizeiliche Verfolgung, Vergewaltigung, Gewalt und Stigmatisierung.
– Frauennetze, Zapatistinnen (Mexiko), „mujeres de plaza de mayo" (Argentinien) etc.

Frau und Kunst

V. Die Kämpfe um Land und die Ökologie

- Land und ländliche Welt. Die Agrarfrage. Die Ausrottung der Bauern
- Die Lage der Bäuerinnen.
- Landbesitz und Landkämpfe. Die Beziehung mit dem Land.
- Die Zerstörung des Planeten
- Neue Technologien: die Natur als programmierbare Maschine
  - Biogenetik

Die Ökologie als Geschäft
- Konsum und Giftmüll
- Umweltzerstörerische Energien
- Klimaveränderung und Versteppung

VI. Gegen alle Formen der Margination

Unter diesem Punkt fallen nicht nur alle Kämpfe gegen Ausschluß und Marginalisierung im Neoliberalismus, sondern auch gegen alle Formen von rassistischen und sexistischen Strukturen und Beziehungen, die sich auf verschiedene Weisen in den Gruppen und Bewegungen gegen den Neoliberalismus reproduzieren. Das Thema könnte im Prinzip an allen Tischen präsent sein, da es sich als ein permanenter Konflikt bei allen menschlichen Beziehungen auf ihrer Suche nach Räumen der Freiheit stellt.

Die Beherrschung der Minderjährigen
- Der Ausschluß der alten Menschen
- Die Frage der Gefangenen, die Ideologie der Schuld
- Die Ausgrenzungen verschiedener Sexualpraktiken
- Die Verachtung gegenüber Kranken und Behinderten
- Führer und Geführte
- Befreiung der Tiere
- etc.

PROGRAMM

Das Treffen findet an fünf Sitzen innerhalb des Spaniens statt: MADRID, KATALONIEN, RUESTA (Aragonien), ALMUÑECAR und EL INDIANO (Andalusien). Das Treffen beginnt am 25. Juli in Madrid, wo die verschiedenen Gruppen aus dem ganzen Planeten empfangen werden. Abends wird es ein Fest zum Kennenlernen geben. Am Samstag, den 26. werden die restlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer empfangen. Abends versammeln wir uns zur öffentlichen Auftaktveranstaltung des Zweiten Treffens und zu einem verrückten Fest für die Menschheit. Am Sonntag, den 27., Demo durch das Zentrum von Madrid (Transparente, Trillerpfeifen und vor allem viel Power mitbringen), Abends-nachts werden wir in antineoliberalen Karawanen zu den verschiedenen Sitzen fahren.

Am Montag, den 28., Ankunft mit öffentlicher Begrüßung jeder Gruppe an ihren jeweiligen Sitzen. Von Montag bis Donnerstag werden die Debatten an den jeweiligen Tischen und Untertischen stattfinden. In Verbindung damit werden Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen, Konzerte, Videovorführungen ... veranstaltet. Am Donnerstag, den 31., Verabschiedung an den Sitzen und gemeinsame Fahrt nach El Indiano für die Abschlußveranstaltung des II. Treffens, die am 1. und 2. August stattfindet. Am Sonntag, dem 3. August, Rückkehr nach Madrid.

ORGANISATORISCHE UND PRAKTISCHE FRAGEN

Auch wenn das Treffen in Spanien ausgetragen wird, besteht der Anspruch, daß die Organisierung von Gruppen aus verschiedenen europäischen Ländern getragen wird. Im deutschsprachigen Raum gibt es folgende Kommissionen, die mit den anderen europäischen Kommissionen in Verbindung stehen und die Mitverantwortung für die Organsierung des Treffens übernommen haben.

Kontakte und Akkreditierungsbüros
Mexicogruppe Dresden
c/o UIZ, Kreuzstrasse 7 01067 -DRESDEN
(Tel.: 01713251367, Fax: 0351-4935984120,
e-mail:tk7@rcs.urz.tu-dresden.de

„Inhalte" -Chiapasgruppe Bremen
c/o Infoladen
St.-Paulistr. 10-12. 28203 Bremen
Tel/FAX: 04204-69402
e-mail:chiapas@uni-bremen.de

„Presse und Werbung" – Mexicogruppe im FDCL Berlin
Gneisenaustrasse 2. 10961 BERLIN
(Tel.: 030-6934029, Fax: 030-6926590
e-mail:la_nachricht@link-b36.berlinet.de

„Dokumentation" Ökumenisches Büro München
(Tel.: 0894485945, Fax: 089-4487673
e-mail:oeku-buero@link-m.de

„Finanzen"? – Gruppe WIR Ffm
(Tel./Fax: 069-774670) und Penumbra : (Tel.: 069-7894846, Fax: 069-78960399
e-mail:u.brand@soz.uni-frankfurt.de

Zapapres / SolidariTAT
Glashüttenstr. 106. 20357 Hamburg
Tel: 040-4301755 / FAX: 040-438256
mail: J.Klass@cl-hh.comlink.de

Der Kommission Finanzen hat einen Kostenvoranschlag ausgearbeitet und beschlossen ein Einheitskonto für das Treffen zu eröffnen. Sie bittet die verschiedenen europäischen Länder schon im Vorfeld des Treffens Geldmittel aufzutreiben, damit die Anfangskosten für die Infrastruktur bestritten werden können.

Auf dem nationalen Treffen der spanischen Gruppen vom 6./7. Juni 97 wurde ein Mindestbeitrag von 18.000,-Ptas. (etwa 220,-DM) zur Bestreitung der Kosten für Unterkunft, Beköstigung und Transport für das achttägige Treffen festgelegt. Alle Leute, die dazu in der Lage sind, werden gebeten, einen höheren Beitrag zu entrichten. Diese Differenzbeträge gehen an den Unterstützungsfond, um den Vertreterinnen und Vertretern von wirtschaftlich benachteiligter Gruppen und Völkern die Teilnahme am Treffen in Europa zu ermöglichen.

Die Anmeldung soll vor dem 30. Juni bei der für deinen Sprachraum-Land zuständigen Organisationskommission vorgelegt werden. Zu diesem Zeitpunkt müssen die TeilnehmerInnen die Mindestquote zur Deckung der Kosten für Essen, Unterkunft und Transport bezahlen (die Leute aus nichteuropäischen Ländern können ihre Anmeldegebühren bei der Ankunft in Madrid bezahlen). Bei der Bezahlung der Anmeldegebühren erhältst Du einen Ausweis. Bei weiteren Fragen wende Dich bitte an die einzelnen Sitze bzw. an die zuständigen Kommissionen (Zentrale Kontaktadresse Plataforma de Solidaridad con Chiapas de Aragón, San Vicente de Paul 26 /E-50001 ZARAGOZA. <chiapas@pangea.org>

Die Leute aus europäischen Ländern sollen einen Schlafsack, Schlafmatte, Geschirr sowie ein Zelt mitbringen.

Die Teilnahme am Treffen soll unter gleichen Voraussetzungen für alle erfolgen, weshalb es keine Sonderbehandlung für irgendeine Persönlichkeit oder Gruppe geben soll.

Die Europäische Kommission für Kontakte hat eine gebietsmäßige Aufteilung unter den verschiedenen europäischen Organisationskommissionen beschlossen, die sich für die Kontaktaufnahme und die Aufrufe in den ihnen zugeordneten Gebieten verantwortlich erklärt haben. Dies soll jedoch kein Hinderungsrund dafür sein, daß jede/r Interessierte in allen Teilen der Welt die Kontakte knüpft, die ihr/ihm möglich sind. Wer Leute kennt, deren Teilnahme am Treffen ihm/ihr interessant erscheint, soll sich an die oben angegebene deutsche oder spanische Kontaktadresse wenden.

Während der Vorbereitung und des Ablaufes des II. Treffens kommt es zu einer Überschneidung mit anderen Veranstaltungen wie z.B.: der

Welt-Indigenen-Kongreß, der Anfang August in Genf stattfinden wird, das zum gleichen Zeitpunkt wie das II. Interkontinentale Treffen stattfindende Weltjugendtreffen in Kuba, oder auch die Märsche gegen Arbeitslosigkeit, Prekarität und Ausschluß und das Treffen gegen das Europa des Kapitals in Amsterdam (zwischen April und Juni). Diese Überlappungen werden nicht als ein Problem angesehen, sondern als eine Bereicherung, die unseren gemeinsamen Kampf stärken und die verschiedenen Kämpfe miteinander in Beziehung setzen kann.

Die Kommission Dokumentation ist mit der Bearbeitung der gesamten Dokumentation beauftragt, das heißt mit den schriftlichen Beiträge und Protokollen.

Die schriftlichen Beiträge sollen auf Datenträgern (entweder E-mail oder Diskette in Textformat -Extension txt) und zumindest in einer Übersetzung auf Spanisch und Englisch über die Organisationskommissionen des jeweiligen Landes-Sprachraums an den Dokumentationsknoten (ponencia@pangea.org) geschickt werden. Die jeweiligen Organisationskommissionen versuchen bei Problemen bei der Übersetzung bzw. informationstechnischen Schwierigkeiten zu helfen.

Die Beiträge sollen vor dem 30. Juni vorliegen und folgende Angaben enthalten: Titel, Name der VerfasserInnen, Land, Thema und Unterthema, zu dem der Beitrag gedacht ist und eine zehnzeilige Zusammenfassung des Inhalts. An den Arbeitstischen selbst sollen keine Beiträge vorgelesen werden, sondern nur die Zusammenfassungen, um danach darüber zu diskutieren. Die Beiträge werden auf der Homepage des Treffens (www.pangea.org/encuentro) veröffentlicht und können dort abgerufen werden.

Auf dem Treffen selbst soll es zu keiner Form der Zensur kommen. Jeder Journalist hat freien Zugang zum Treffen, allerdings wird die Alternativpresse bevorzugt behandelt.
An jedem Sitz soll täglich ein Bulletin veröffentlicht werden. Alle Sitze werden ständig miteinander verbunden sein, sei es über E-mail oder über Internet. Vom Zweiten Treffen sollen ein Buch und ein Video publiziert werden.

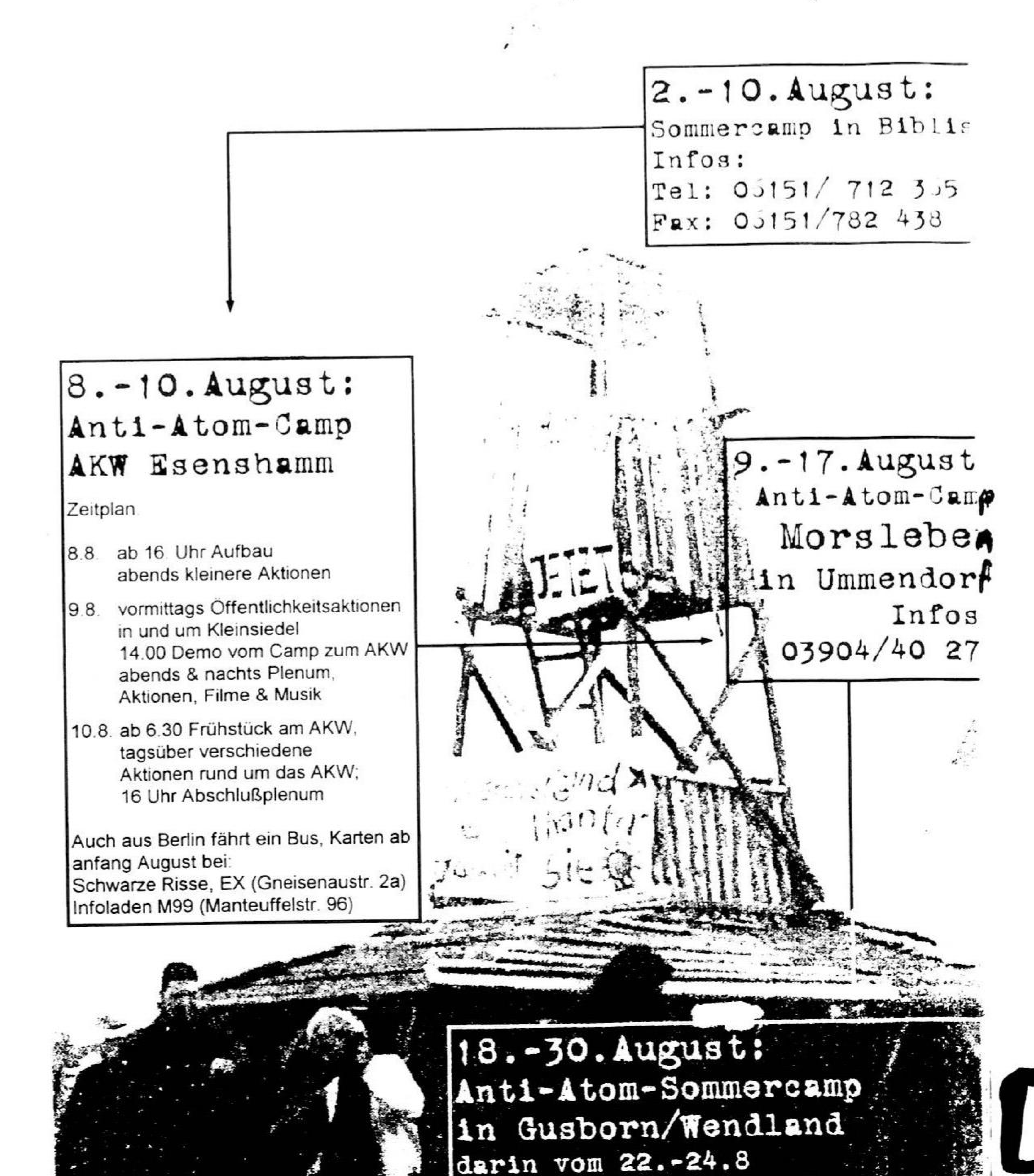
Bus-Tickets zum INTERKONTINENTALEN TREFFEN

Madrid Hin-und Zurück 200,-DM
ABFAHRT Berlin am 23.7.97 um 20.00uhr
an der Volksbühne, Rosa-Lux.-Platz

Der Bus wird auf der Strecke Stops machen:
1. um ca. 24.00uhr Raststätte Garbsen bei Hannover Ri Dortmund
2. um ca. 3.30uhr Rasstätte Frechen Ri Aachen
3. in Paris(?) am 24.7. um ca. 10.00 uhr morgens Weiterfahrt um 19.00uhr
Ankunft in Madrid 25.7. nachmittags
Rückfahrt am 3.8. von Madrid
Ankunft in Berlin am 5.8.
Die Tickets können im Buchladen Schwarze Risse (Gneisnaustr. 2a) gekauft werden.

Ya basta!

ANTI-ATOM-SOMMERCAMPS



Cinema Paradiso

Nuovo Cinema Paradiso
Italien/Frankreich 1988

Buch und Regie: *Giuseppe Tornatore*
Kamera: *Blasco Giurato*
Musik: *Ennio Morricone*
Darsteller: *Philippe Noiret, Jacques Perrin, Salvatore Cascio, Mario Leonardi, Antonella Attili, Agnese Nano*
Produktion: *Cristaldi Film/RAI Tre/Forum Pictures/Les Films Ariane/TF 1 Film*

Spielfilm, 123 Min., Farbe und s/w, dtF



Eine sizilianische Kleinstadt in den 40er und 50er Jahren, als es noch nicht das Fernsehen gab und die Leute in die Kinopaläste strömten um sich dort gemeinsam zu unterhalten, zu lachen, zu weinen und zu träumen. Der zehnjährige Salvatore, auch Toto genannt, verlor seinen Vater im Krieg. Für sein Leben gern geht er ins Dorfkino Paradiso, doch er hat nicht genügend Geld. So schleicht er sich immer dann ins Kino, wenn der Pfarrer die gezeigten Filme vorzensiert. Alle anstößigen Stellen müssen dann entfernen werden, insbesondere die Kußszenen. Toto freundet sich auf diese Weise mit dem Filmvorführer Alfredo an, der für ihn zur Vaterfigur wird. Bei einem Brand im Vorführraum wird Alfredo in letzter Minute von Toto gerettet, aber er erblindet. Von nun an führt Toto die Filme selbst vor. Auf Anraten Alfredos verläßt Toto später das Dorf und geht nach Rom, wo er ein bekannter Regisseur wird. Erst der Tod von Alfredo bringt ihn wieder in sein Heimatdorf zurück, wo das unrentabel gewordene Kino inzwischen einem Supermarkt weichen muß...

"Der junge Regisseur Giuseppe Tornatore hat einen unglaublich vielschichtigen Film geschaffen, der weit mehr als eine wehmütige Liebeserklärung an das Kino und dessen nostalgischer Abgesang ist. In der Beschreibung der Freundschaft zwischen Alfredo und dem kleinen Toto ... hat er in einigen wahren Momenten das große Kino der 'echten' Gefühle auferstehen lassen, ohne sich in Rührseligkeiten zu ergehen. Da stimmt jede Geste, jeder Blick, und die Vertrautheit der Personen miteinander wird zu einem großen Erlebnis. Sein Film ist jedoch kein verklärender Rückblick, denn er verliert die Wirklichkeit des Lebens in keiner Sekunde aus den Augen. Und diese Wirklichkeit wird von Abschieden und Abschiedsschmerz bestimmt.. Das Leben meistern heißt, diese Abschiede meistern..." (Hans Messias in: AV-Mediendienst, 4/89)

So 13.7. 22h

КИНО

in der alten Schlosserei
Brunnenstr.7 U Rosenthaler Platz



Liebe Lesben aus linksradikalen Zusammenhängen,

wie Ihr wahrscheinlich schon mitbekommen habt, findet im Herbst (5. bis 11. Oktober 97) wieder eine Lesbenwoche in Berlin statt. Wir möchten gerne, daß dort auch linksradikale Themen, Meinungen, Ansätze vertreten werden. Dazu wird es nur kommen, wenn Ihr dort Veranstaltungen anbietet!

Das Schwerpunktthema der Lesbenwoche 97 ist "Lesbische Identität und politische Perspektiven".
Darin haben sehr viele Ansätze linksradikaler (Frauen) Lesbenpolitik Platz. Wir finden es wichtig, Projekte und Ideen ernsthaft zur Diskussion zu stellen und sich mit anderen Positionen auseinanderzusetzen.
Bitte überlegt Euch, was Ihr Euch vorstellen könnt und schickt Eure Angebote bis spätestens Ende Juli an folgende Adresse:

Berliner Lesbenwoche, Gneisenaustr. 2a, 10962 Berlin.
Die Ankündigungen fürs Programm sollten ca max. 10 Zeilen lang sein.



A-Laden
Verein Freie Kultur Aktion
Rathenower Str. 22, 10559 Berlin 21

Montag, 6.7.1997

Veranstaltung am 10.07.97, 19[30] Uhr:
Film über Euromarsch und den EU-Gegenkongreß in Amsterdam und/oder
Film über das I. interkontinentale Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus vom Sommer '96 in Mexico.
Anschließend Diskussion über Perspektiven einer zivilgesellschaftlichen Gegenbewegung mit Vertretern verschiedener politischer Gruppierungen.

Die Veranstaltung findet in den Räumen des Anarchistischen Ladens Berlin, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin-Moabit statt.

1. Mai-
SOLIPARTY
Freitag, 11. Juli
21 Uhr
Cocktails
Disco
VoKü
KÖPI 137
Köpenicker Str. 137

...auch ich schreibe für und vertreibe die



... ein Prinzip kann man nicht verhalten!

Weltjugendspiele 97 in Kuba - ein internationales Treffen der Solidarität!

Diskussions - und Informations-veranstaltung

Zehntausende Linke aus aller Welt werden sich vom 28.07. - 05.08. in Kuba zum 14ten internationalen Festival der Jugend und StudentInnen treffen. Die Linke hierzulande hat davon bisher wenig Notiz genommen. Auf der Informations- und Diskussinsveranstaltung soll sowohl über die Geschichte der Weltjugendspiele als auch über die Bedeutung für die Linke heute debattiert werden. mit:

Victor Grossmann
Journalist, Teilnehmer an den ersten Weltjugendspielen 1947 in Prag

Peter Nowak, freier Journalist und Redaktions-mitglied der Zeitung Cuba Libre

Sonntag,13.7. 97, 19.30 Uhr, Zielona Gora;
Grünbergerstr. 73, Berlin-Friedrichshain

Veranstaltet von Cuba Libre, unterstützt von Gruppe Venceremos

am 10.7.97

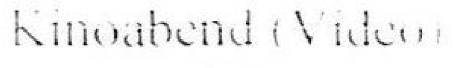
Variete Schwarzer Kanal

Variete unter freiem Himmel

Eintritt FREI

um 21⁰⁰ Uhr

Wo? Wagenburg an der Schillingbrücke



Kinoabend (Video) im

SYNDIKAT

immer Dienstags um 19 h

Eintritt frei !!!

Di., 15.7.97
„Erbarmungslos"

Di., 22.7.97
„Borselino", Teil I - II
(bis ca. 22 h)

SYNDIKAT • Weisestr. 56 • [U8, Boddinstr.]



Tiergarten-Alarm

Wir stellen uns quer.

Vorsicht: Satire!

Eine große Koalition von CDU, SPD und Technofans plant am 12. Juli 1997 die erneute Durchführung der Loveparade im Tiergarten. Die Verwüstungen werden noch schlimmer sein, als im letzten Jahr, da jetzt noch mehr RaverInnen erwartet werden. Es war klar, daß eine Klage gegen die Strecke nicht zum Erfolg führen würde.
Die Loveparade ist ein Riesengeschäft. Deshalb setzen die Manager der Techno-, Medien- und Drogenindustrie alles daran, daß Politik in ihrem Sinne gemacht wird - gegen den Willen der Bevölkerung - dem schließen sich die Gerichte an, wir kennen das von den CASTOR-Transporten.

Aber: Vom CASTOR lernen heißt auch siegen lernen: Viele Aktionsformen, die gegen CASTOR wirksam sind, lassen sich auch gegen die Loveparade anwenden. Weil es keine klaren Fronten gibt, wenn wir in der Masse verschwinden, wird unsere Arbeit sogar noch erleichtert.

Was können wir tun?

Die Taktik muß heißen, mit buntem und vielfältigem Widerstand eine weitere Durchführung der Loveparade politisch und finanziell unmöglich zu machen.
Wenn die Straße des 17. Juni von autonomen Wühlkommandos unterhölt, mit Schmierseife präpariert oder von SeilklettererInnen versperrt ist, werden die schweren Tieflader nicht zu ihrem Ziel durchkommen.
Wenn die wir ein Augenmerk auf die wichtigsten Bahnstrecken, Autobahnen und Flughäfen richten, werden viele RaverInnen gar nicht nach Berlin kommen können.
Wenn wir uns querstellen, werden die Auseinandersetzungen mit den Bullen das Image der Loveparade und damit Berlins schädigen.

Gegen Spaltung

JedeR wird seine Aktionsform finden. Wir lassen uns nicht in „militant" und „gewaltfrei" aufspalten. Die BürgerrechtlerInnen, die eine Menschenkette durch den Tiergarten machen, tragen letztlendlich zum Erfolg genauso bei wie die Punks, die aus der Masse heraus Berlin zerstören.

Mobilisiert in Euren politischen Zusammenhängen gegen die Loveparade, entwickelt Aktionen.

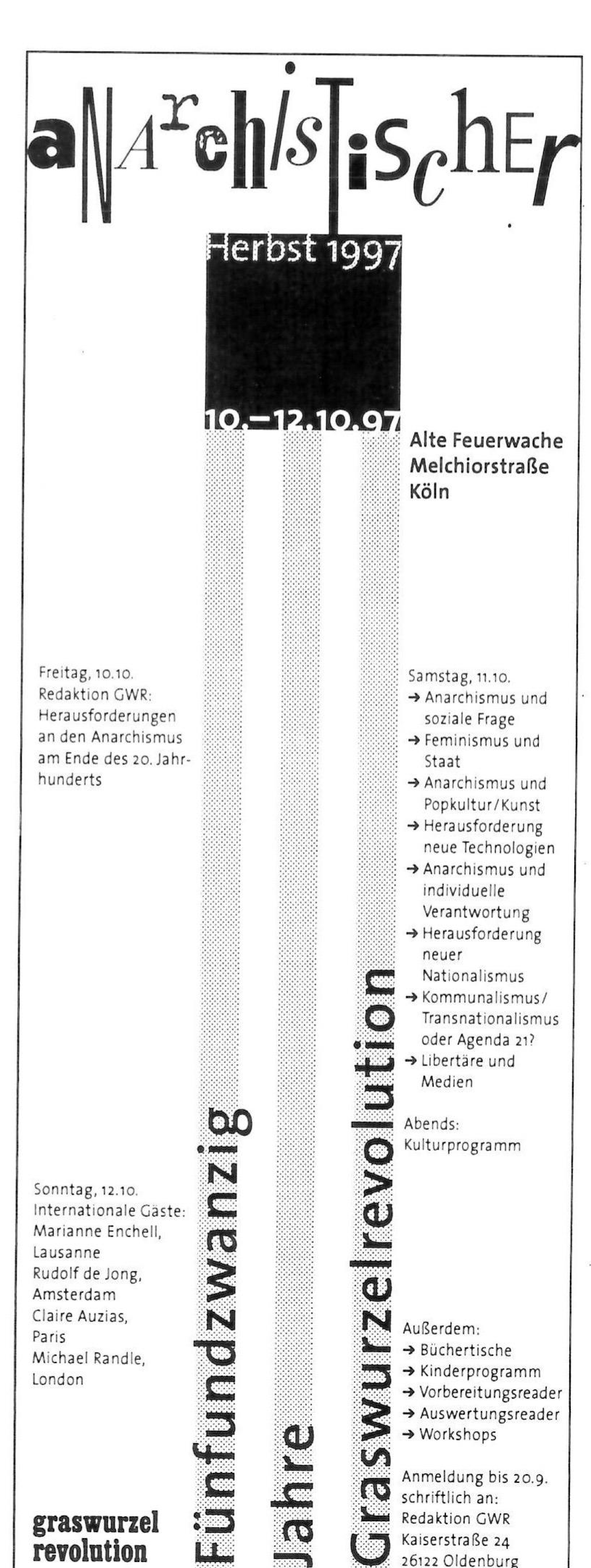
Tag X ist die Loveparade

12. Juni 1997, 14 Uhr Ernst-Reuter-Platz

Anti-Loveparade-Plenum Berlin



...ein Prinzip kann man nicht verhaften!



Den Ratten gehört das sinkende Schiff

Auf dem diesjährigen CSD kam es zu unerwarteten Irritationen. Obrigkeitshörig, wie wir nunmal sind, befolgten wir die Aufforderung der selbsternannten CSD-Veranstalter, Sonntagsclub, Mann-O-Meter und SVD nach politischen Aussagen. Wir bastelten einen Wagen mit Riesenratte und Schlammwanne zusammen: "Ratten aller Länder vereinigt Euch!"

Zu unserer eigenen Überraschung erlebten wir sehr viel Resonanz. Viele Menschen beteiligten sich an der Schlammparty, lasen unsere kleine Zeitung "Ratte im Spiegel". Selbst die Polizei filmte in ihrer Datensammelwut nicht nur unseren Wagen und jeden Schlammspritzer, sondern gleich den ganzen "Herz-mit Hirn"-Block.

Am Wittenbergplatz wurde auf der offiziellen CSD-Wagenbeurteilungsbühne neben anderen Persönlichkeiten aus 100 Jahren Schwulengeschichte auch SA-Chef Röhm mit einem KZ-Häftling an der Leine dargestellt. Für diese politische Geschmacklosigkeit fiel uns auch ganz spontan eine passende Antwort ein: brauner Schlamm auf brauner Uniform – paßt doch irgendwie, oder?

Nachdem die Party beim stundenlangen Warten im Tiergarten etwas abflaute, sorgten die Ordnungskräfte der Polizei auf dem Pariser Platz wieder für Stimmung. Sie versuchten doch tatsächlich unsere heißgeliebte Schlammwanne nebst fahrbaren Untersatz zu beschlagnahmen. Gemein! Laut Tagespiegel sollen wir ja mit Steinen geschmissen haben, aber wie jedes kleine Kind weiß, können Schwule gar nicht werfen! (Obwohl – wie ist das eigentlich bei den Lesben?) Die Bullen haben das später brav dementiert. Kein Stein, nirgendwo, nur ein bißchen Schlamm.

Aber anders als nachts im Park, wenn irgendwelche Deppen denken, Schwule "klatschen" zu müssen, und alle abhauen, war für die um den Wagen Herumstehenden klar: So nicht! Die SchuPos waren von den kreischenden Tunten und wild um sich grapschenden Lesbischwulen, die einfach nicht aus dem Weg gingen, sichtbar irritiert. Wagen 51 fuhr rasant weiter. Am Bebelplatz: "second service", aber auch hier setzten sie ihren Aufschlag in den Schlamm.

Auf unserem Heimweg, den wir mit 400 Lesbenschwulen als eine Spontandemo gestalteten, besann sich die Polizei wieder auf ihre ureigenste und wahrscheinlich einzig erträgliche Aufgabe. Sie sperrte die Straßen ab und regelte den Verkehr.

V.i.S.d.P.:Holger Gelbke, Berlin



Danke,

- daß Ihr Euch ... "Herz-mit-Hirn"-Bl... sol...siert habt.
- daß Ihr verhindert habt, daß der Rattenwage... be...gnahmt wurde.
- daß Ihr nicht Arm in Arm mit der Polizei demonstrieren wolltet.
- daß Ihr auf den Nazifetisch auf dem Wittenbergplatz eine passende Antwort gefunden habt: brauner Schlamm auf brauner Uniform

Euer Wagen 51